

links

DKP

Info – Dokumentation – Meinung – Diskussion

- Deutsche Kommunistische Partei •
- Bezirk Rheinland-Westfalen •



Unser Bezirk

18. BDK

Dokumentation

**Bezirksdelegiertenkonferenz der
Deutschen Kommunistischen Partei
Rheinland-Westfalen
15. Dezember 2007
Marie-Curie-Gymnasium
Düsseldorf-Gerresheim, Gräulinger Straße 13**



***Wir sind
die Roten.***

Profil schärfen DKP stärken

18. Bezirksdelegiertenkonferenz der
DKP Rheinland-Westfalen
Dezember 2007

Vorschlag für den
Zeitplan

10:00 Uhr	Eröffnung und Begrüßung Konstituierung <ul style="list-style-type: none">▪ Geschäftsordnung▪ Tagesordnung und Zeitplan▪ Wahlordnung▪ Versammlungsleitung▪ Mandatsprüfungskommission▪ Antragskommission▪ Wahlkommission
10:45 Uhr	Referat
11:30 Uhr	Berichte der Schieds- und Revisionskommission
11:45 Uhr	Diskussion
12:30 Uhr	Mittagspause
13:30 Uhr	Fortsetzung der Diskussion
14:30 Uhr	Bericht der Mandatsprüfungskommission
14:45 Uhr	Entlastung des Bezirksvorstandes und der Kassiererin
15:00 Uhr	Beginn der Wahlen und Fortsetzung der Diskussion
16:00 Uhr	Kaffeepause
16:30 Uhr	Fortsetzung der Wahlen und der Diskussion
17:30 Uhr	Diskussion und Beschlussfassung zu Anträgen
19:45 Uhr	Schlusswort und Internationale
20:00 Uhr	Ende der Konferenz

<p style="text-align: center;">18. Bezirksdelegiertenkonferenz der DKP Rheinland-Westfalen Dezember 2007</p>

Vorschlag zur

Tagesordnung

1. Eröffnung und Begrüßung der Bezirksdelegiertenkonferenz
2. Konstituierung
 - Wahl der Versammlungsleitung
 - Beschlußfassung über Tagesordnung, Geschäftsordnung, Wahlordnung (evtl. Zeitplan)
 - Wahl der Wahlkommission
 - Wahl der Mandatsprüfungskommission
 - Wahl der Antragskommission
3. Referat der Bezirksvorsitzenden
4. Bericht der Bezirksrevisionskommission
5. Diskussion (auch über eventuell vorliegende Beschlußvorschläge und/oder Anträge an den Parteitag)
6. Bericht der Mandatsprüfungskommission
7. Abstimmung über Entlastung des bisherigen Vorstandes und der Kassiererin
8. Bericht der Antragskommission und Beschlußfassung
9. Wahlen*
 - Wahl der/des Bezirksvorsitzenden (Sprecher/in)
 - Wahl der/des stellvertretenden Bezirksvorsitzenden (Sprecher/in)
 - Wahl der weiteren Mitglieder für den Bezirksvorstand
 - der Bezirksschiedskommission
 - der Bezirksrevisionskommission
 - der Delegierten und Ersatzdelegierten zum Parteitag
10. Schlußwort und Beendigung der Konferenz

* Gemäß § 10 des Statutes sind die Wahlfunktionen für 2 Jahre gültig

Eröffnung, Begrüßung und Konstituierung

Raja Bernard, stellvertretende Bezirksvorsitzende

Liebe Genossinnen und Genossen,

Vor fast genau 3 Jahren fand in diesem Saal unsere 17. Bezirksdelegiertenkonferenz statt. Seitdem hat sich die Republik verändert: der gravierendste Einschnitt – bedeutender als der Regierungswechsel in Berlin – war die Einführung von Hartz IV zum Jahresbeginn 2005.

Damals hatten wir im Referat eingeschätzt, dass sich Hartz IV nicht nur – ja nicht einmal in erster Linie - gegen die Betroffenen richtet, sondern ein Mittel ist, um das gesellschaftliche Klima in unserem Land insgesamt zu verändern, um den Wert der Ware Arbeitskraft zu senken. Eine Einschätzung, die sich leider bewahrheitet hat!

Und wir hatten festgestellt, dass Hartz IV bereits Monate vor dem offiziellen Inkrafttreten Wirkung zeigte: bei der Auseinandersetzung in Bocholt und Kamp-Lintfort wo – damals noch Siemens – mit der Drohung ins Ausland zu verlagern von den Beschäftigten niedrigere Löhne für längere Arbeitszeiten erpresst hatte. Damals noch außergewöhnlich – heute fast normal. Diese Beschäftigten mussten dann – nach dem Verschern an BenQ die bittere Erfahrung machen, dass Verzicht nicht vor dem Verlust des Arbeitsplatzes schützt. Auch das eine Erfahrung, die inzwischen zigtausende machen mussten. Wer in den Genuss der durch diese Erpressungen erzielten Extra-Profite kommt, erfuhren gerade letzte Woche die Kolleginnen und Kollegen der Telekom: Vorstand und Aufsichtsrat schlugen eine Aufstockung der Dividende für das laufende Geschäftsjahr vor und selbst der kommunistischer Umtriebe sicherlich unverdächtige Bonner Generalanzeiger kommentierte: „...vor allem ist die höhere Dividendenzahlung ein Schlag ins Kontor für diejenigen 50000 Mitarbeiter, die seit einigen Monaten für weniger Geld länger arbeiten. Jetzt wissen sie wohin die Mittel fließen, die dadurch eingespart werden.“

Liebe Genossinnen und Genossen

Verändert haben sich auch die Verhältnisse in unserem Bundesland: Erstmals seit Existenz der DKP findet in unserer Bezirksorganisation eine Konferenz unter den Bedingungen einer von der CDU geführten Landesregierung statt. Auf der 17. BDK stand die Frage unseres Herangehens an die bevorstehenden Landtagswahlen und wir haben dazu sehr intensiv, kontrovers und auf hohem Niveau diskutiert. Im Nachhinein hat der Bezirksvorstand eingeschätzt, dass wir mit dieser Debatte und den sich darauf gründenden Beschlüssen klug beraten waren. In unserer Erklärung zu den Landtagswahlen hatten wir formuliert:

„Wir Kommunistinnen und Kommunisten treten für einen Politikwechsel in Nordrhein-Westfalen ein. Die Menschen in unserem Land brauchen eine Politik, die Arbeitsplätze sichert und neue Arbeits- und Ausbildungsplätze schafft, die Arbeitszeiten bei vollem Lohnausgleich senkt und soziale Gerechtigkeit schafft. Wir

treten ein für eine Politik, die das Gebot der Landesverfassung verwirklicht, in der nicht nur ein Recht auf Arbeit gewährt wird, sondern in der auch das Wohl der Menschen als Mittelpunkt des Wirtschaftslebens geboten wird...

Eine solche Politik ist mit den gegenwärtig im Landtag vertretenen Parteien und Politikern nicht zu machen. Vielfältige außerparlamentarische Aktivitäten und Bewegungen, die Entwicklung alternativer Forderungen und die Vernetzung dieser Initiativen für eine andere Politik in Nordrhein-Westfalen sind erforderlich.

Ausgehend von diesem Verständnis halten wir Kommunistinnen und Kommunisten es für verhängnisvoll, dass sich die Kräfte, die für eine solche Politik eintreten, nicht auf eine gemeinsame Kandidatur zur Landtagswahl einigen konnten. Dazu zählen wir neben uns die Partei des Demokratischen Sozialismus PDS, die Partei für Arbeit und Soziale Gerechtigkeit ASG, fortschrittliche Gewerkschafter und viele Initiativen und Bewegungen. Ein gleichberechtigtes Wahlbündnis aller, die auf Landesebene und vor Ort für eine Politik eintreten, die NRW als Arbeits- und Lebensraum für die Bewohnerinnen und Bewohner dieses Landes versteht und nicht als Standort zur Erwirtschaftung von Maximalprofiten, hätte die richtigen Signale gesetzt und die besten Chancen geboten, Protest, Bewegung und alternativen Vorstellungen in den nächsten Landtag hineinzutragen.

Statt dessen werden nun die PDS und die ASG gegeneinander antreten, obwohl sich ihre Wahlprogramme in vielen Punkten gleichen. Und das angesichts eines undemokratischen Landeswahlgesetzes, das kleine Parteien benachteiligt.

Die DKP Rheinland Westfalen hat in dieser Situation von einer Kandidatur abgesehen, um die Alternativkräfte nicht noch weiter zu zersplitternDie Stärkung des außerparlamentarischen Widerstandes gegen die in Berlin und Düsseldorf betriebene Politik des Sozialkahlenschlags, die Sammlung und Zusammenführung aller Kräfte, die zum partei- und organisationsübergreifenden Zusammenwirken in diesen Bewegungen für die Durchsetzung einer grundlegend anderen Politik bereit sind, ist in unseren Augen die entscheidende politische Fragestellung und Aufgabe in diesem Landtagswahlkampf – die entscheidende Aufgabe für die Zukunft.“

Wir haben dann nicht aufgerufen, Linkspartei.PDS oder WASG zu wählen, sondern inhaltliche Kriterien aufgestellt. Dieses Herangehen hat uns auch im Vorfeld der Bundestagswahlen geholfen, unsere Position gegenüber WASG und Linkspartei.PDS zu vertreten und unseren Beitrag zur Bündelung der Linkskräfte zu leisten.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Die CDU/FDP-Landesregierung „feierte“ inzwischen Halbzeitbilanz und wir sind gefordert, uns heute mit dieser Politik und deren Folgen für die Menschen in unserem Bundesland auseinander zu setzen. Ganz aktuelle Meldungen von gestern sind charakteristisch: da ist der Hinweis des Mieterbundes auf die

jetzt öffentlich werdenden Bedingungen der „Sozialcharta“ mit der die Landesregierung angeblich massive Verschlechterungen für die Beschäftigten und MieterInnen nach einem Verkauf verhindern will: Viel Wind um nichts – die Bestimmungen dieser Charta sind fast identisch mit den ohnehin gültigen aber völlig unzureichenden gesetzlichen Vorschriften. Da sind die Meldungen über den Verkauf des Landesanteils an der WestLB. Verluste in 3stelliger Millionenhöhe durch Missmanagement und fehlende Kontrolle erzwingen jetzt angeblich einen schnellen Verkauf. Bürgen soll – wie in Sachen – der Steuerzahler und zahlen sollen die beschäftigten: Laut Finanzminister Linssen sollen 1000 bis 1500 Arbeitsplätze vernichtet werden.

Liebe Genossinnen und Genossen,

nach einigen Anlaufschwierigkeiten hat sich der Protest gegen die Politik dieser Landesregierung breit entwickelt. Ja, im zu Ende gehenden Jahr gab es Wochen, wo nach zahlreichen Demonstrationen der Rasen vor dem Landtag hier in Düsseldorf ähnlich aussah wie der Rasen in Dortmund-Wischlingen nach unserem Pressefest. Aber bisher konnte dieser Regierung keine Niederlage beigebracht werden. Auch darüber sollten wir heute diskutieren und welchen Beitrag wir dazu leisten können, die Kräfte des Widerstandes effektiver zu entwickeln und zu bündeln, aus der Defensive zu kommen, die Kräfteverhältnisse im Land zu verändern und eine andere Politik durchzusetzen.

„Profil schärfen – DKP stärken“ - Ich erkläre die 18. Bezirksdelegiertenkonferenz der Deutschen Kommunistischen Partei Rheinland-Westfalen für eröffnet.

Liebe Genossinnen und Genossen,

seit unserer 17. BDK haben wir bewährte Genossinnen und Genossen unserer Bezirksorganisation verloren.

Wir gedenken ihrer. Stellvertretend für alle möchte ich nennen:

Werner Busch
Martha Buschmann
Erwin Ebeling
Gerda Judick
Herbert Kellner
Ilse Kötting
Günther Labudda
Fritz Rische
Fritz Roller
Rosa Schmalenberg
Gustav Trambowsky

Jede und jeder von ihnen hinterlässt eine schmerzhaft Lücke, die nicht zu schließen ist. Mit jeder und jedem gehen wichtige persönliche Erfahrungen, droht ein Stück kommunistischer Identität verloren zu gehen, wenn wir uns nicht bemühen, es zu bewahren bzw. neu zu erarbeiten.

Wir werden ihr Andenken in Ehren halten und uns bemühen, in

ihrem Sinne weiterzuwirken. Ich danke euch!

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich begrüße auf unserer Konferenz die Delegierten sowie Gäste aus unserer Bezirksorganisation.

Ganz besonders möchte ich begrüßen: den stellvertretenden Vorsitzenden unserer Partei, den Genossen Rolf Priemer und das Mitglied des Sekretariates des Parteivorstandes, den Genossen Uwe Fritsch

Ich begrüße Marion Köster, die Bezirksvorsitzende unseres Nachbarbezirkes Ruhr-Westfalen sowie Paul Schnittker, Mitglied des Bezirksvorstandes. Bei dieser Gelegenheit möchte ich Marion noch einmal recht herzlich zu ihrer Wahl als neue Bezirksvorsitzende gratulieren, ebenso wie Michael Gerber, der zum stellvertretenden Bezirksvorsitzenden gewählt wurde.

Ich begrüße den Genossen Thomas Liermann vom Landesarbeitsausschuss der SDAJ

Sowie den Kameraden Jürgen Schuh, vom Landesverbande NRW der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes VVN - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten.

Ich begrüße die Kollegin Elke Malzkorn und den Kollegen Walter Malzkorn.

Von der Kulturvereinigung Leverkusen, die wir eingeladen hatten, liegt Euch ein Grußschreiben an unsere Konferenz vor. Seine Teilnahme zugesagt hat der Genosse Wolfgang Zimmermann, einer der beiden gleichberechtigten SprecherInnen des Landesverbandes NRW der LINKEN. Er bittet um Verständnis, dass er verspätet kommt und nur kurz bleiben kann, da der Landesvorstand der LINKEN NRW heute parallel zu unserer Konferenz tagt.

Ich bitte nun die Delegiertenunterlagen zur Hand zu nehmen, da wir zur Konstituierung unserer Konferenz kommen: Als **Konferenzleitung** schlägt euch der Bezirksvorstand vor: Raja Bernard, Anne Frohweiler, Hermann Kopp, Wolfgang Scholz und Andrea Will

(Die Konferenzleitung wird in offener Abstimmung bestätigt)

Tagesordnung

Geschäftsordnung

Wahlordnung

(Die vom Bezirksvorstand vorgeschlagenen Ordnungen werden in offener Abstimmung ohne Veränderungen bestätigt)

Als **Mandatsprüfungskommission** schlägt der Bezirksvorstand vor:

Christiane Schnurra als Leiterin und als weitere Mitglieder:

Reinhold Ages, Aneta Krüger und Richard Tokarski

Als **Wahlkommission** schlägt der Bezirksvorstand vor: Uli Abczynski als Leiter und als weitere Mitglieder: Elke von der Beeck, Alfred Lenkeit und Patrizia Petri

Als **Antragskommission** schlägt der Bezirksvorstand vor: Peter Lommes als Leiter und als weitere Mitglieder: Walter Herbst und Lydia Will

(Alle Vorschläge für die Kommissionen werden in offener Abstimmung bestätigt)

Zeitplan (der Zeitplan wird ohne Veränderungen angenommen).

Damit ist unsere Konferenz konstituiert.

Liebe Genossinnen und Genossen,

auf unserer Konferenz wollen wir unter dem Motto „Profil schärfen – DKP stärken“ die aktuelle politische Situation einschätzen

und eine Bilanz der Entwicklung und Tätigkeit unserer Bezirksorganisation seit der 17. BDK ziehen. Ausgehend von beidem müssen wir uns über unsere Zielsetzungen und Arbeitsvorhaben für die bevorstehende Arbeitsperiode verständigen. Wir wollen Gremien wählen, die in dieser Periode in unserer Bezirksorganisation die politische Leitung übernehmen sollen. Damit leisten wir einen Beitrag zur Vorbereitung des 18. Parteitages der DKP, der 23./24. Februar in Mörfelden-Walldorf stattfinden wird.

Uns über unser Profil zu verständigen und es deutlicher zum Ausdruck zu bringen – damit machen wir deutlich warum es auch oder gerade heute noch einer kommunistischen Partei in Deutschland bedarf. Nur so kann es uns gelingen mehr Mitstreiterinnen und Mitstreiter für unsere Partei und neue Abonnentinnen und Abonnenten für die UZ zu gewinnen.

Lasst uns darüber solidarisch streiten, mutig und selbstbewusst mit dem Blick für das Wesentliche und das Machbare!

Ich danke euch.

Referat: 18. BDK Rheinland-Westfalen**Profil schärfen – DKP stärken!**

Anne Frohnweiler, Bezirksvorsitzende

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

mit dem Krieg gegen den sogenannten Terrorismus hat der US-Imperialismus einen politischen und ideologischen Rahmen gefunden zu jeder Zeit eine militärische Präsenz an fast jedem Ort der Welt zu legitimieren. Die Parole des „Krieges gegen den Terrorismus“ ermöglicht breiteste internationale Konsensbildung und erlaubt kaum noch einem Staat, sich davon fernzuhalten oder gar kritische Einwände zu erheben, die über taktische Detailfragen der Umsetzung hinausgehen. Dieser Krieg hat für seine Betreiber darüber hinaus den Vorteil, dass er nicht irgendwann definitiv feststellbar mit der Niederlage des Gegners enden kann. Hier liegt ein Hintergrund für die Äußerungen von Bush und anderen, der „vierte Weltkrieg“ werde mehrere Jahrzehnte lang dauern. „Vierter“ deswegen, weil diese Kriegstreiber den gewonnen Kalten Krieg gegen die Sowjetunion als Nummer drei in der Reihe der Weltkriege mitzählen.

Der mit Abstand größte Zweig der Weltwirtschaft, die Rüstungsindustrie, mit allem, was an kriegsbedingten Nebengeschäften dazugehört, expandiert und steht auf Jahrzehnte hinaus vor gesichertem Absatz und Profit. Dies gilt vor allem für die USA. Aber auch in Deutschland und anderen mit den USA verbündeten Ländern profitieren die Unternehmen dauerhaft. Am stärksten an dessen Fortsetzung und Ausweitung sind die Unternehmen interessiert, die nur verdienen können, solange wirklich Krieg geführt wird. Traditionelle Rüstungskonzerne können grundsätzlich auch in Friedenszeiten riesige Profite einfahren. Lebenswichtig aber ist der Krieg für den stark expandierenden Sektor der Sicherheitsunternehmen, die Söldner und Hilfsdienste für das kriegsführende Militär oder kriegsnahe Beratung anbieten. Es ist daher kein Zufall, dass viele führende Neokonservative gerade mit diesem aggressiven Teil der Militärwirtschaft persönlich eng verbunden sind.

Gleichzeitig betonen die USA ihre Entschlossenheit, in kriegerischen Auseinandersetzungen als erstes Atomwaffen einzusetzen. Damit setzen sie ein seit den 80er Jahren nicht erreichtes weltweites Wettrüsten in Gang. Der Gegenspieler Russland ist hierbei kein Land mehr, das - wie die frühere Sowjetunion - die Erhaltung des Weltfriedens als konstituierendes Element ihrer Politik begreift. Es geht auch Putin letztlich um die Absicherung der ökonomischen und politischen Macht der neu entstandenen russischen Bourgeoisie.

Die Bundesregierung hat sich der außenpolitischen Strategie der USA vollständig untergeordnet. So wird die Bundeswehr in immer mehr weltweiten Einsätzen zu einer schlagkräftigen Interventionsarmee aufgebaut. Die Bilanz dieser Politik ist selbst aus Sicht kritischer bürgerlicher Politiker und Journalisten verheerend. Kein Konflikt wurde gelöst, alle wurden angeheizt. Der Krieg in Afghanistan ist das beste Beispiel hierfür. Und auch im

Kosovo, Genossinnen und Genossen riecht es wieder nach Blut. Die Bundeswehr hat bereits ein zusätzliches Reservebataillon auf das Amselfeld geschickt. Die Fortsetzung der Jahrhunderte andauernden imperialistischen Großmachtspolitik im Nahen und Mittleren Osten kann keine Fortschritte bringen. Die Menschen in dieser Region haben es satt, nur strategischer Spielball der europäischen Großmächte und vor allem der USA zu sein.

Die Friedensfrage – Schlüsselfrage der gesellschaftlichen Entwicklung

Die DKP fordert daher ein sofortiges Ende dieser Kriegspolitik. Wir fordern einen eigenständigen, nicht am Gängelband Israels hängenden palästinensischen Staat, in dem das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung gewahrt wird sowie ein sofortiges Ende der israelischen Siedlungspolitik. Die DKP fordert ein Ende aller Kriegsvorbereitungen gegen den Iran. Die Menschen in dieser wie in anderen Konfliktregionen brauchen eine gerechte Friedensordnung, die allen Kräften eine ökonomische, politische und kulturelle Entwicklungsperspektive aufweist.

Wir fordern von der Bundesregierung eine auf diese Ziele verpflichtete Außenpolitik und ein sofortiges Ende aller Aufrüstungsprojekte. Deutschland hat die historische Verantwortung für den letzten verheerenden Weltkrieg. Es wird höchste Zeit endlich eine Politik des Kriegsverzichts zu betreiben und ein gerechtes System gemeinsamer Sicherheit zu schaffen. Die Verpflichtung zur Aufrüstung im neuen EU-Vertrag, der nichts anderes als das in Volksabstimmungen durchgefallene alte Verfassungspapier ist, muss vom Tisch. Es darf keine europaweite EU-Rüstungsagentur geben, in der die Rüstungskonzerne ihre eigenen Aufträge beschließen.

Die Friedensfrage ist angesichts der menscheitsbedrohenden Krisen wie Klimaveränderungen, Wasser- und Energieversorgung stärker denn je die Schlüsselfrage der gesellschaftlichen Entwicklung.

Genossinnen und Genossen,

in kaum einem Bericht über die aktuelle Entwicklung des Arbeitsmarktes fehlt ein Vergleich mit dem Jahr 1993: „Arbeitslosigkeit sinkt auf 14 -Jahrestief“, so die Schlagzeilen.

So wird gejubelt, was das Zeug hält, der Aufschwung ist da und kommt bei den Menschen an, die Arbeitslosigkeit geht dank Hartz IV zurück, die neueste Pisa- Studie weist einen bessern Platz für Deutschland aus und auch bei der Klimapolitik sind wir Weltspitze. Also alles bestens in der Republik.

Dass die Agenda 2010 und der Aufschwung vor allem den Kapitalgesellschaften zu Gute kommen, pfeifen die Spatzen von den Dächern. So ist der Anteil der Löhne am Volkseinkommen weiter auf Sinkflug, die Inflation tut ihr Weiteres und die Raubzüge der Energiekonzerne werden immer dreister und bedrohlicher. Überrascht reagierte der DGB auf die Ergebnisse der jüngst veröffentlichten „Reichtumsstudie“ des Deutschen Instituts für

Wirtschaftsforschung(DIW). Demnach verfügen die reichsten zehn Prozent über zwei Drittel der 5,4 Billionen Euro Rücklagen. Die Hälfte der Bürger hat so gut wie keine. Besonders betroffen: Frauen, Ostdeutsche und Zuwanderer. So beklagt Claus Matecki, Vorstandsmitglied des DGB, dass eine Minderheit vom goldenen Teller essen kann, während große Teile der Bevölkerung von der Hand in den Mund leben und, ich füge hinzu, mittlerweile auf Suppenküchen angewiesen sind.

Mit der Lohnnebenkostensdebatte wird die gesetzliche Sozialversicherung sturmreif geschossen und soziale Risiken und deren Kosten privatisiert. Ganz unter dem bekannten Motto „Wir machen den Weg frei“ wird so das Feld für private Anbieter bestellt. Die Gewinner stehen fest. Es sind immer die Arbeitgeber und die privaten Finanzdienstleister wie Versicherungen, Banken und Fondgesellschaften. Die Zeche zahlen Beschäftigte, Rentner, Erwerbslose.

Über 80 Prozent der Bevölkerung ist der Auffassung, dass es in diesem Land ungerecht zugeht und sprechen sich für Mindestlöhne aus. Es gibt einen Aufschwung- Es ist jedoch vielfach ein Aufschwung in die Erbärmlichkeit. Das zweifelhafte Glück der Beschäftigung hat viele Erwerbslose mittels Zwang der Arbeitsagentur in Geringverdiener verschiedener Kategorien verwandelt. Was noch vor wenigen Jahren als atypische Arbeitsverhältnisse galt, ist inzwischen für fast die Hälfte aller Lohnarbeiter Normalität: Teilzeit, geringfügige Beschäftigung, Leiharbeit, befristete Verträge unter Tarif, Scheinselbstständigkeit auf Honorarbasis. Da haben wir noch nicht von den Millionen von 1-Euro-Jobbern gesprochen, die ja bekanntlich nicht zu den Arbeitnehmern im Sinne des Betriebsverfassungsgesetzes zählen, aber natürlich aus der Statistik rausfallen.

Ein erheblicher Teil dieser prekarierten Arbeit wird neuerdings als sozialversicherungspflichtige Beschäftigung eingestuft, so dass deren statistische Ausweitung eben keine Rückkehr zur vermeintlichen alten Realität mehr anzeigt. Die Zahl der sogenannten Aufstocker, das sind die Beschäftigten, die trotz Vollzeitjob ergänzende Sozialleistungen in Anspruch nehmen müssen, liegt zum jetzigen Zeitpunkt bei knapp einer Millionen. So bedienen sich Betriebe und Unternehmen ein weiteres Mal unserer Sozialkassen und Steuergelder.

Ein branchenübergreifender Mindestlohn muss her. Darüber sind sich viele einig in diesem Land. Aber man achte auf die Feinheiten. „Mindestlöhne sind ungefährlich, wenn sie niedrig sind“ so der Präsident des Ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn. Und er verweist mit Wohlbehagen auf die USA, wo der Satz bei stolzen vier Euro liegt. Der von den Gewerkschaften favorisierte Mindestlohn von 7,50 ist alles andere als üppig; er orientiert sich an dem, was der Staat als unbedingt zum Leben notwendige erachtet. Zur Einordnung: Wer gepfändet wird, darf etwas mehr behalten.

Genossinnen und Genossen, diese Situation trifft die Jugend insbesondere. Eine aktuell veröffentlichte Studie des DGB beschreibt die Lage der arbeitenden Jugend als unsicher, schlecht bezahlt und mit miesen Arbeitsbedingungen konfrontiert. Mehr

als die Hälfte der befragten Jugendlichen gibt an, sich nach der Arbeit leer und ausgebrannt zu fühlen. Und die Tausenden von Jugendlichen, die erst gar keine Arbeit und Ausbildung finden, sind den Schikanen der Arbeitsagenturen ausgesetzt. Da ist die Stunde der Bundeswehr gekommen. Mit groß angelegten Werbeinsätzen an den Schulen und bei den Arbeitsagenturen, unter dem Einsatz von Jungoffizieren versprechen sie den Jugendlichen Ausbildung und eine todsichere Zukunft. Wie sehr Sozialabbau, Militarisierung und Demokratieabbau Hand in Hand gehen zeigt folgende Entwicklung: Seit Januar 2007 wird der Aufbau eines flächendeckenden militärischen Heimatschutzes von Bundeswehr, Reservisten und zivilen Organisationen vorangetrieben. Allen 16 Landesregierungen stellt der deutsche Generalstab Bundeswehroffiziere zur Seite, sog. Landeskommandos. Zu ihrem eigenen Schutz lässt die herrschende Klasse den Heimatschutz zur Stunde bundesweit in allen Landkreisen und kreisfreien Städten, in NRW sind dies 427, mit Verbindungskommandos ortsansässiger Reservisten installieren.

Die Verbindungsoffiziere dieser Heimatschutzkommandos sollen ständig die zivilen Hilfsorganisationen wie Feuerwehren, Arbeiter-Samariter-Bund, Rotes Kreuz etc. bis hin zur DLRG in das Bundeswehr-Konzept der „zivilmilitärischen Zusammenarbeit“ einbinden. Diese Hilfsorganisationen umfassen 3,5 Millionen Menschen. Keine einzige dieser Organisationen ist gefragt worden, ob sie in dieses Konzept einbezogen werden will, geschweige denn die 3,5 Millionen Helfer und Helferinnen. Im Übrigen ist auch nie ein Parlament gefragt worden, ob es dieses Konzept will. Es gibt auch kein Gesetz zu diesem Konzept. Es wird einfach gemacht.

Auch die SanitäterInnen in den Betrieben werden in diese Zusammenarbeit einbezogen. Bei Opel Rüsselsheim z.B. machen nun die SanitäterInnen ihre Kurse in der Kaserne. Auch in Heiligendamm wurde, neben dem Einsatz von Tornados die Klinik von Doberan unter die faktische Kontrolle der Bundeswehr gestellt.

Und Genossinnen und Genossen, es passt auch in's Bild dieser Republik, dass der Bundestagspräsident die Annahme der über 170 000 gesammelten Unterschriften für ein Verbot der NPD verweigert und die Kameradinnen und Kameraden der VVN/BDA in dieser Frage an den Pfortner verweist.

Die DKP Rheinland-Westfalen unterstützt die Aktivitäten der VVN-Bund der Antifaschisten für ein lange überfälliges Verbot der NPD. Es ist entlarvend, wenn CDU/CSU und andere ein Verbot dieser Organisation ablehnen, weil der Verfassungsschutz dann nur noch beobachtend tätig sein könnte. Was heißt das denn? Das bedeutet doch, dass die NPD auch mit Hilfe des Verfassungsschutzes ihre neuen Strukturen aufgebaut hat und weiter aufbaut. Sicherlich nur die Spitze des Eisberges zeigt der aktuelle Skandal um einen V-Mann, gegen den in Bielefeld inzwischen wegen Strafvereitelung ermittelt wird.

Liebe Genossinnen und Genossen,

am 14. November 2007 hielt Rüttgers seine Regierungserklärung

unter dem Motto „Unser Nordrhein-Westfalen – Das Bundesland der Zukunft“

Gemessen an den Maximen der Koalitionsvereinbarung fällt die Bilanz positiv aus:

„Privat vor Staat“

Die Kürzung des Landesjugendplans um 20 Millionen Euro, der Beschluss über den Verkauf der 95 000 Wohnungen der landeseigenen Landesentwicklungsgesellschaft (LEG), die Einführung von Studiengebühren, der weitere Rückzug aus der Finanzierung der Hochschulen durch das sogenannte Hochschulfreiheitsgesetz (HFG), die Förderung von Public Private Partnership (PPP) in vielen Bereichen, höhere Zuschüsse und erleichterte Gründungsvoraussetzungen für Privatschulen, massive Einschränkungen für die wirtschaftliche Tätigkeit von Kommunen - das sind einige markante Beispiele dafür, wie ernst es dieser Regierung mit der Umsetzung ihrer Maxime „Privat vor Staat war und ist“.

Gemäß Paragraph 107 der neuen Gemeindeordnung dürfen Städte und Gemeinden nur noch dann wirtschaftlich aktiv werden, wenn „ein dringendes öffentliches Bedürfnis“ vorliegt. Hatte das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) noch im Sommer beklagt, dass die kommunalen Einkünfte aus Unternehmenstätigkeit in NRW doppelt so schnell stiegen wie im Bundesdurchschnitt (zwischen 1999 und 2004 um 21,4 %, Bonner Generalanzeiger vom 29.08.07) und damit den privaten Unternehmen immer mehr Konkurrenz machten, so sollen sich die Kommunen in Zukunft auf Kernbereiche beschränken. Damit würden auch Einnahmen wegfallen, um z. B. defizitäre kommunale Aufgaben wie den ÖPNV mitzufinanzieren.

Auch wenn in der Presse in den letzten Monaten von den für die Kommunen sprudelnden Steuern die Rede war – wie deren Lage in NRW wirklich aussieht belegt der Kommunalfinanzbericht 2007 des Innenministeriums. Danach stieg die Summe der Fehlbeträge in den Verwaltungshaushalten der NRW-Kommunen im letzten Jahr von 5,4 auf 6,1 Milliarden Euro. Im Mai 2007 befanden sich 190 der 427 Städte, Gemeinden und Kreise in der Haushaltssicherung (d. h. sie waren so verschuldet, dass sie nur noch eingeschränkt wirtschaften können). 113 davon verfügten nicht einmal über ein genehmigtes Haushaltssicherungsgesetz!

Auch aus dieser Misere suchen viele Kommunen den Ausweg durch weitere Privatisierungen. Vorhaben für die zweite Hälfte der Legislaturperiode wie das Sparkassengesetz und der Verkauf des Landesanteils (38 %) an der WestLB - vorzugsweise an eine Privatbank –, die für Frühjahr 2008 geplante Verscherbung der LEG-Wohnungen sowie immer neue Vorstöße zur Privatisierung der Unikliniken belegen, dass Privatisierung auch in der zweiten Legislaturhälfte ein Schwerpunkt der Landesregierung bleiben wird.

Ein Entfesselungsprogramm für NRW

Die Beschneidung staatlicher Macht zugunsten der Freiheit – ein Entfesselungsprogramm für NRW: unter den Stichworten Entbürokratisierung, Straffung von Verfahren und Abbau wachstumshemmender Vorschriften ging und geht es hier eindeutig um die Entfesselung marktradikaler Kräfte. Das neue Ladenöffnungsgesetz war eine der ersten Maßnahmen der Regierung. Mit der Schließung bzw. Aufgabe von Instituten wie dem Landesinstitut für Schule in Soest (zum 1.1.2007 aufgelöst) sowie dem Institut für Arbeit und Technik (IAT) in Gelsenkirchen (arbeitet jetzt als Institut der FH Gelsenkirchen) sollen Stimmen, die bereits die neo-liberale Politik der Vorgängerregierung kritisiert hatten, mundtot gemacht werden. Die Kommunalisierung der staatlichen Arbeitsschutz- und Umweltämter führt dazu, dass bisher gebündelte Kompetenz in diesen Fragen auf die Kommunen gestreut wird. Im Rahmen des Standortwettbewerbs der Städte und Gemeinden ist beim Buhlen um Firmen-Ansiedlungen ein Dumping der Standards zu befürchten. Die Versorgungämter – zuständig für die Betreuung von 2 Millionen behinderten Menschen - werden zerschlagen. Unter „Straffung von Verfahren“ fällt wohl auch der Wegfall des Widerspruchsrechtes ab dem 1. November. Mit wenigen Ausnahmen kann jetzt gegen kommunale Bescheide nicht mehr kostenfrei Widerspruch eingelegt werden. Es bleibt nur der Klageweg wobei dann zunächst ein vom Streitwert abhängiger Gerichtskostenvorschuss fällig wird!

Als Rückzug des Staates zugunsten von mehr Freiheit werden auch mehr Autonomie für Schulen und Hochschulen gefeiert. Eine fragwürdige Freiheit – führt diese Autonomie unter den Bedingungen von Unterfinanzierung doch dazu, dass ein Teil der Verteilungskämpfe um fehlende Stellen und Sachmittel dann innerhalb der Unis und Schulen geführt werden anstatt wie bisher gegenüber dem Land oder dem Schulträger.

Dass eine Entfesselung à la Rüttgers Demokratieabbau ist, belegt die Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes (LPVG). Es betrifft alle Beschäftigten des Landes und der Kommunen, LehrerInnen, Polizei, Justiz. Es bedeutet weniger Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte und legt die Grundlage für schnelleren und reibungsloseren Personalabbau im öffentlichen Dienst sowie weitere Privatisierungen in all dessen Bereichen. Ca. 2 500 Arbeitsplätze im Landesdienst fallen bereits zum 1. 1. 2008 weg. Bis zum Ende der Legislaturperiode will Finanzminister Linssen (CDU) weitere 10 000 Arbeitsplätze vernichten.

Sozial ist was Arbeit schafft

In der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU und FDP heißt es: „Es ist eine nicht vertretbare Einschränkung von Selbstbestimmung, wenn Arbeit so teuer ist und die Zugangsschwellen zum Arbeitsmarkt so hoch liegen, dass Millionen Menschen ausgeschlossen bleiben.... Wir sind der Auffassung, dass Arbeitskosten gesenkt werden können durch Mehrarbeit für dasselbe Geld. Wir sind der Auffassung, dass durch Mehrarbeit mehr Beschäftigung entsteht“. Letzteres gilt natürlich nur für die Privatwirtschaft, denn im öffentlichen Dienst dient die durchgesetzte Arbeitszeitverlängerung ja gerade für die Einsparung – sprich: Vernichtung – von Arbeitsplätzen!

Im Sinne der Koalitionsvereinbarung hat die Landesregierung das Ladenschlussgesetz gekippt, den Arbeitszeitarifvertrag für die Landesbeschäftigten gekündigt und im Bundesrat gegen gesetzliche Mindestlöhne gestimmt. Rüttgers schreibt sich in seiner Halbzeitbilanz auf die Fahne, dass im Oktober 2007 erstmals wieder die Grenze von 800 000 Erwerbslosen in der offiziellen Statistik unterschritten wurde. Doch weniger Erwerbslose bedeuten nicht zwangsläufig mehr Beschäftigung, und schon gar nicht mehr existenzsichernde Beschäftigung! Nach Angaben der Agentur für Arbeit NRW konnte mit der Steigerung der Beschäftigten in den letzten beiden Jahren (178 000 ab August 2005) nur ca. die Hälfte der Arbeitsplätze ersetzt werden, die seit August 2002 in NRW vernichtet worden waren. Hinzu kommt, dass laut Angaben des DGB mehr als die Hälfte dieser neuen Arbeitsplätze Leiharbeitsplätze sind.

Seit Inkrafttreten des sogenannten „Arbeitnehmer-Überlassungsgesetzes“, das die Schwelle für die Beschäftigung von Leiharbeitern wesentlich senkte, boomt Leiharbeit in NRW: nach Angaben der IG Metall gibt es derzeit 230.000 LeiharbeiterInnen in NRW (bundesweit: 600 000). Während nur jede/r fünfte keine abgeschlossene Berufsausbildung habe, werden fast 45 % als NichtfacharbeiterInnen eingesetzt. Und: während 1980 LeiharbeiterInnen noch 23 % weniger bekamen als der Durchschnitt der Gesamtwirtschaft, sind es heute 41 % weniger. Eine Umfrage der IG-Metall in 130 Firmen in NRW ergab, dass in 52 % der Firmen Stammarbeitsplätze mit LeiharbeiterInnen besetzt werden, die im Durchschnitt nur etwa die Hälfte verdienen.

Eine bundesweite Umfrage von ver.di bei 122 Betrieben brachte einen besonders perfiden Trend zutage: Unternehmen – Vorreiter sind hier die Druck- und Papierindustrie sowie Kliniken - entlassen einen Teil der Beschäftigten, stellen sie bei einer neu gegründeten, eigenen Zeitarbeitsfirma wieder ein, die sie dann an das Mutterunternehmen ausleiht. Kostenersparnis: 20 bis 40 %. So stellt das Uniklinikum Essen nur noch Ärzte und Krankenschwestern fest ein und leiht sich alle anderen Kräfte aus der eigenen Personalservice GmbH, in der z. B. alle Beschäftigten des Klinikums landen, deren Befristung ausläuft.

Ein neues Instrument zum Lohndumping ist Minister Laumanns Kombilohn-Modell bei dem die öffentliche Hand die Sozialbeiträge übernehmen soll, damit die Beschäftigten sich auf dem Arbeitsmarkt billiger verkaufen können. Das Modell wird nur zögerlich angenommen - andere Formen des Dumpings von Löhnen und Standards sind offensichtlich attraktiver! Bisher sind 3 000 Arbeitsplätze bewilligt, es sollen aber 20 000 werden. Der bereits im Referat unserer letzten Konferenz beklagte Trend, dass auch in NRW das „Normalarbeitsverhältnis“ immer seltener normal ist, hat sich weiter ausgeprägt, wie eine im Auftrag des Ministeriums für Arbeit durchgeführte Betriebsbefragung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zu Neueinstellungen in 2007 belegt. Danach erhielten 43 % lediglich einen befristeten Vertrag, jeder 4. Betrieb stellt ausschließlich befristet ein. 25 % aller Beschäftigten arbeiten Teilzeit. Jede zweite Frau arbeitet Teilzeit, damit fallen 80 % der Teilzeitarbeits-

plätze auf Frauen. Der Anteil geringfügig Beschäftigter (maximal 400 Euro) ist inzwischen auf 12 % gestiegen.

Einerseits steigt die vereinbarte Wochenarbeitszeit in fast allen Bereichen, andererseits wird diese von der durchschnittlichen wöchentlichen Betriebszeit immer weiter entkoppelt. So werden in 44 % der Betriebe Überstunden geleistet, aber immer weniger bezahlt. Etwa jeder 2. Betrieb nutzt im Bedarfsfall Samstagsarbeit, in ca. 1/3 aller Betriebe wird regelmäßig Samstags gearbeitet, in jedem 6. Betrieb regelmäßig Sonntags. In knapp 10 % der Betriebe (v. a. Großbetriebe) wird Schichtarbeit geleistet.

Auch die in NRW traditionell überdurchschnittlich vorhandene Tarifbindung geht deutlich zurück: 40 % der Betriebe mit 2/3 der Beschäftigten sind tariflich gebunden; immerhin noch fast die Hälfte der formal nicht tariflich gebundenen Betriebe orientiert sich (noch!) an geltenden Tarifverträgen. Damit gelten diese faktisch für ca. 2/3 der Betriebe bzw. 85 % der Beschäftigten in NRW. Der Armuts- und Reichtumsbericht 2007 NRW gibt an, dass 12,8 % der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten einen Niedriglohn erhalten (2004). Auf die Frage warum die Landesregierung zur Zeit ihr Ziel Lockerung des Kündigungsschutzes nicht forciert, antwortete Rüttgers Anfang Dezember in einem Interview: „Außerdem haben die Tarifparteien längst so viel Flexibilität miteinander vereinbart, dass da gar keine politische Rahmensetzung mehr notwendig ist.“ (Welt 2.12.07) Getreu dem Motto der Landesregierung: Sozial ist was Arbeit schafft – egal welche müsste man hinzufügen. Klar ist: Eine Politik, die eine solche Entwicklung unterstützt, ist nicht sozial, sondern asozial!

Wie geht es angesichts dieser Entwicklungen den Menschen in NRW?

Dazu Rüttgers in seiner Halbzeitbilanz: „Wir haben heute mehr Wohlstand: Die Wirtschaft boomt.“ In der Tat: die Profite boomen – das haben gerade in den letzten Wochen die Bilanzen der Konzerne für die ersten 9 Monate gezeigt: e.on, RWE, Bayer, die Postbank – um nur einige zu nennen – verkündeten –, wieder einmal!, Rekordprofite, bei anderen wie der Telekom und der Post lief es auch sehr gut.

Die Kehrseite der Medaille zeigt der Armuts- und Reichtumsbericht NRW 2007:

- 2,6 Millionen Menschen und damit 14,3 der Gesamtbevölkerung gelten in NRW als arm, weil sie von weniger als der Hälfte des Durchschnittseinkommens (2005: 615 Euro) leben muss. Dazu zählt inzwischen auch mehr als jede/r sechste Vollzeit-Alleinverdiener/in mit Kind!
- 1/3 der Menschen mit Migrationshintergrund sind betroffen, bei denjenigen mit türkischer Herkunft sogar 44 %!
- 800 000 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren sind betroffen, d. h. fast jedes vierte Kind in NRW (jedes 6. Kind in Deutschland) wächst in einem armutsgefährdeten Haushalt auf! Diese Kinder sind gegenüber ihren Alters-

gefährten mehrfach benachteiligt: sie können an den meisten Freizeitangeboten nicht teilnehmen, sind – wie offizielle Studien inzwischen belegen – oft fehlernährt, häufiger krank und weniger selbstbewusst.

- Viele können sich das warme Mittagessen in der OGS nicht leisten, weil die Eltern die 2,50 dafür nicht aufbringen können (Hartz IV-Satz für ein Kinderessen: 98 Cent) Und was tut die Landesregierung? Sie legt ein Programm mit dem vollmundigen Namen „Kein Kind ohne warmes Mittagessen“ auf und stattet es finanziell so aus, dass damit Zuschüsse für gerade mal 65 000 Kinder bezahlt werden können – bei 300 000 betroffenen Schulpflichtigen.

Das Bildungssystem zementiert Ungleichheit und Ungerechtigkeit

Aber diese Kinder haben in KiTas und Schulen nicht nur Probleme, weil sie nicht am normalen Essen teilnehmen können. Denn diese CDU/FDP-Regierung betreibt nicht nur eine Politik der eiskalten Umverteilung von unten nach oben, die die Armen immer ärmer und die Reichen immer reicher macht, sie betreibt eine Bildungspolitik, die dafür sorgen soll, dass die da Unten auch unten bleiben.

Wie im Wahlkampf versprochen waren die Schul- und Hochschulgesetze ganz oben auf der Agenda der Vorhaben der neuen Regierung. Die darin durchgesetzten Veränderungen bedeuten für den gesamten Bildungsbereich nachhaltige Strukturverschlechterungen. Regie geführt, das Drehbuch (bzw. den Gesetzestext) geschrieben hat in allen Fällen die Bertelsmann-Stiftung, die sich dabei mit ihren auf betriebswirtschaftlichen Wettbewerb ausgerichteten Konzepten voll durchsetzen konnte.

Auch die gerade veröffentlichte 2. PISA-Studie belegt, dass in Deutschland Bildungserfolg noch immer unmittelbar an die soziale Herkunft gekoppelt ist. Und so soll es – geht es nach Rüttgers und Pinkwart – auch bleiben! Das neue Kinderbildungsgesetz (KiBiz) schreibt zwar Bildung groß, senkt jedoch Standards für Kinder und Beschäftigte bei steigenden Beiträgen für die Eltern. Unser mehrgliedriges Schulsystem ist extrem ungerecht und asozial. Aber es darf nicht angetastet werden, weil es „begabungsgerecht“ sei. Mit diesem reaktionären statischen Begabungsbegriff werden die Maßnahmen zur Rettung der Hauptschulen begründet, um angeblich „praktisch Begabte“ optimal fördern zu können. Und mit der wissenschaftlich längst widerlegten Begründung, dass homogene Lerngruppen optimale Lernerfolge bewirken, werden keine weiteren integrierten Gesamtschulen genehmigt, obwohl Jahr für Jahr Tausende Kinder wegen fehlender Plätze abgewiesen werden müssen (allein 2007: 16.881 Kinder und damit 36 % der Kinder, die für einen Gesamtschulplatz angemeldet worden waren).

Bei all den unübersichtlichen Schuldebatten im Land geht es im Grunde nur um zweierlei: Erstens, wie kann angesichts sinkender SchülerInnenzahlen möglichst billig ein flächendeckendes Schul-Angebot gewährleistet werden und das vor allem so, dass

zweitens das Gymnasium nicht gefährdet wird. Sollte es dann wirklich mal ein Sprössling (es wird eher ein Mädchen sein!) aus den berühmten bildungsfernen Schichten bis zum Abitur gebracht haben, dann sorgen Studiengebühren und massive Strukturveränderungen - sprich –verschlechterungen - durch das so genannte Hochschulfreiheitsgesetz schon dafür, dass die Hürde zur Aufnahme eines Studiums hoch bleibt.

Entscheidet man sich dann doch für eine Ausbildungsstelle, dann beginnt erst recht das Drama: angeblich hat sich die Lage auf dem Ausbildungsmarkt 2007 ja enorm entspannt. Die Zahlen (und die sich dahinter verbergenden Einzelschicksale sprechen jedoch eine andere Sprache). Im November waren nach Angaben des DGB NRW noch 7 500 Jugendliche ohne Ausbildungsplatz (55 % von ihnen sind sogenannte Altbewerber, d. h. sie suchen schon seit einem Jahr und länger). Hinzu kommen nach Angaben der Arbeitsagentur 40 000, nach Angaben des DGB sogar 50 000 Jugendliche, die zurzeit in irgendwelchen Warteschleifen stecken.

Liebe Genossinnen und liebe Genossen,

zwei Jahre nach der Bundestagswahl ist die Krise der neoliberalen Parteien keineswegs beendet. Vor allem die SPD ist in einem beklagenswerten Zustand.

Der vielerorts analysierte Linksruck im Umfeld ihres Hamburger Parteitag hat nicht stattgefunden. Auch das ins Parteiprogramm gerutschte Codewort „demokratischer Sozialismus“ ändert daran nichts, dient es doch lediglich dazu, sich in Vorbereitung kommender Wahlen vom Koalitionspartner abzugrenzen. Auch auf dem CDU Parteitag vor 14 Tagen wurde mit viel schönen Worten über die „Mitte“ schwadroniert und eine rechte Politik programmiert mit heftigen Ausfällen gegen „Links“ und einem Verzicht auf ein NPD-Verbotsverfahren. Nach ihrem Selbstverständnis mussten diese Herrschaften dies auch deutlich machen, damit die CDU etwas anderes darstellt, als eine SPD mit Mittagsgebet.

Doch weder das Regierungslager CDU/CSU/SPD noch die Oppositionsparteien Grüne und FDP kommen in den Umfragen über ihre Wahlergebnisse von 2005 hinaus. Im Gegenteil. Der Zustand, dass in allen wesentlichen Fragen gegen die Mehrheitsmeinung der Bevölkerung regiert wird verfestigt sich, wird gleichsam zum Kennzeichen dieser Jahre.

Die für die Arbeiterbewegung wichtigste Entwicklung der jüngsten Zeit ist die Abspaltung eines Teils der SPD-Mitgliedschaft. Vor allem sozialdemokratische Gewerkschaftsfunktionäre kamen in Widerspruch zur Politik der SPD.

So setzen viele fortschrittliche Menschen ihre Hoffnung auch auf die neue Partei „Die Linke“. Auch wir sehen in dieser Formation einen Fortschritt, weil linke Positionen in der politischen Landschaft stärker wahrgenommen werden, weil es eine Kraft in den Parlamenten gibt, die „Nein“ sagt zu Krieg und Sozialabbau.

Wir sehen in dieser neuen Partei objektiv eine Stärkung der Linken und setzen gleichzeitig auf den außerparlamentarischen Kampf.

Genossinnen und Genossen,

die außerparlamentarische Bewegung hat im letzten Jahr Erfolge erreichen können und Erfahrungen gesammelt.

Wir verweisen vor allem auf den erfolgreichen Widerstand gegen den G8-Gipfel mit Massenaktionen, die insbesondere von jungen Menschen getragen wurden sowie auf erfolgreiche Kämpfe in Betrieben wie am Hamburger Hafen gegen eine drohende Übernahme durch sogenannte Heuschrecken-Fonds.

Aber die betrieblichen und gewerkschaftlichen Kämpfe unserer Zeit sind Abwehrkämpfe. Bestenfalls werden soziale und demokratische Rechte verteidigt. Oft besteht der Erfolg in der Höhe der gezahlten Abfindungen, selten in der dauerhaften Standortsicherung. Das zeigen die Angriffe der Bauunternehmer auf den Flächentarifvertrag. Der Kampf der Beschäftigten bei der Telekom um den Erhalt der Arbeitsplätze und sozialen Standards endete im Gesamtergebnis mit einer Niederlage.

Die Gewerkschaften verlieren nach wie vor Mitglieder und zwar nicht nur wegen Massenentlassungen und Betriebschließungen. Es fehlt eine gemeinsame Strategie der Gegenwehr und eine gesamtgesellschaftliche Konzeption. Dauermassenarbeitslosigkeit und Hartz IV führen zu Ängsten und Unsicherheiten in den Belegschaften und schränken die Mobilisierungsfähigkeit ein.

Die Kernbelegschaften schrumpfen, prekäre Beschäftigungsverhältnisse nehmen dramatisch zu. „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ und „ein Betrieb eine Gewerkschaft“ werden immer mehr zu Auslaufmodellen.

Die IG-Metall hat in einer bundesweiten Kampagne vor der Abstimmung im Bundestag versucht, die Rente mit 67 zu verhindern. Klar aber war, eine Gewerkschaft allein kann es nicht schaffen, und eine starke Mobilisierung aus den Metall- und Stahlbetrieben gelang leider nicht flächendeckend.

Trotz einiger Fortschritte, die sich in den Debatten auf den Gewerkschaftstagen der IG Metall und ver.di ausgedrückt haben, bleiben die Gewerkschaften in der Defensive. Aus unserer Sicht muss die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung wieder mehr in den Mittelpunkt gerückt werden!

Unsere Solidarität gilt allen Belegschaften und ihren Organisationen, die sich gegen Entlassungen, gegen Lohnverzicht und Arbeitszeitverlängerungen wehren. Dies Genossinnen und Genossen gilt auch für den jüngsten Streik der Lokführer.

- Uneingeschränkte Solidarität zur Durchsetzung der berechtigten Lohnforderungen und Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen
- Nein zu allen Versuchen, das Streikrecht auszuhöhlen

und einzuschränken

- Nein zur Privatisierung der Bahn
- Nein zur Abspaltung der Lokführer mittels eines eigenständigen Tarifvertrages.

Dies sollten meiner Meinung nach Kernpunkte unserer Position sein. Darüber hinaus sollten wir feststellen, dass alle Bahn-Gewerkschaften am Verhandlungstisch gesessen haben, als den Bahnern in den letzten Jahren mehr und mehr Lohn und soziale Errungenschaften abgenommen wurden.

Wir fordern die Kollegen und Kolleginnen in den Vorständen dieser Gewerkschaften auf, ihre gegenseitige Feindseeligkeiten zu beenden. Im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung muss dieses Gegeneinander beendet werden!

Hat doch der Bahnstreik gezeigt, welche Macht die arbeitenden Menschen in diesem Land besitzen können. Die anhaltende Sympathie einer Bevölkerungsmehrheit für die Streikenden macht erneut deutlich, dass viele es satt haben, sich mit Brosamen abspesen zu lassen, während sich Aktionäre und Manager die Taschen voll stopfen.

Und Genossinnen und Genossen, wir stellen die Frage: Was wäre in diesem Land an Fortschritt möglich, wenn nicht nur eine abgespaltene Gewerkschaft auf einen entschlossenen Kampf für die Interessen ihrer Mitglieder setzen würde, wenn es zu einer branchenübergreifenden Vernetzung der Kämpfe käme?

Genossinnen und Genossen, was tat und tut sich im Land gegen diese Politik? Wie sieht es aus mit den Kräften des Widerstandes? Wie und mit wem kann der von uns angestrebte Politikwechsel erkämpft werden?

Zunächst tat sich wenig. Wie wir befürchtet hatten, lähmten die Bundestagswahlen und die große Koalition vor allem die der SPD nach wie vor in NRW verbundenen Gewerkschaften. Die parlamentarische Opposition aus SPD und Grünen war handlungsunfähig. Nicht zuletzt auch aufgrund der Tatsache, dass die neue Regierung mit ihren Maßnahmen in vielen Punkten fast nahtlos an die Vorhaben der alten Regierung anknüpfen konnte. Auch sonst blieb es zunächst zu ruhig im Land. Aber die Auseinandersetzungen um den Tarifvertrag Land (TvL), insbesondere um die Arbeitszeit, führten 2006 zu Protesten bis hin zu Streikaktionen. Besonders hervorzuheben ist der 16-wöchige Streik der 6 Unikliniken, der auch belegt, dass sich Widerstand lohnt: während nach dem neuen TvL fast alle Beschäftigten inzwischen wieder fast 40 Stunden arbeiten müssen, bleibt es an den Unikliniken und den Psychiatrischen Landeskliniken bei 38,5 Stunden.

Ein weiterer Höhepunkt gewerkschaftlicher Gegenwehr gegen die Politik der Landesregierung war die Auseinandersetzung um das Landespersonalvertretungsgesetz (LPVG). Mit örtlichen Aktionen, Streiktagen, der größten Personalratskonferenz, die es je in NRW gegeben hatte, und mehreren zentralen Demonstrationen vor dem Landtag sollte die Novellierung verhindert oder

zumindest entschärft werden. Vergebens – obwohl auf Landesebene die Aktivitäten maßgeblich von Vertretern der ver.di-Linken und sehr phantasievoll und kämpferisch geführt wurden, setzte sich auch hier der „Arbeiterführer“ Rüttgers selbst gegen seinen eigenen Arbeitnehmerflügel CDA durch. Das zeigt noch einmal, dass wir bei der Einschätzung gewerkschaftlicher Kämpfe sehr differenziert vorgehen und uns vor Schwarz-Weiß-Klischees à la „fortschrittliche Basis, die von der reformistischen Führung ausgebremst wird“ hüten müssen.

Zu interessanten Bündniskonstellationen kam es im Zusammenhang mit Protesten gegen die Deformen im Schul- und Hochschulbereich. So startete ein Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) aus DGB, DGB Jugend, GEW, ver.di, dem Landes-ASten-Treffen sowie der LandeschülerInnenvertretung eine gemeinsame Unterschriftenkampagne gegen die Einführung von allgemeinen Studiengebühren in NRW.

Im Sommer 2006 kam es zu einer gemeinsamen Demonstration von Studierenden und Hochschulbeschäftigten in Düsseldorf gegen Studiengebühren, das Hochschulfreiheitsgesetz und die Novellierung des LPVG. Auch gegen das neue Schulgesetz gab es lokale und landesweite Proteste.

Eine große Chance gab es bei der Volksinitiative „Sichere Wohnungen und Arbeitsplätze“ gegen den Verkauf der LEG-Wohnungen und die Aushöhlung des Kündigungsschutzes. Initiiert von einem ohnehin bemerkenswerten Aktionsbündnis „Zukunft der LEG“, in dem LEG-Betriebsräte, Mieterbeiräte, ver.di, der Deutsche Mieterbund, das Mieterforum Ruhr sowie engagierte Einzelpersonen mitarbeiten, wurde Anfang 2006 eine Unterschriftensammlung eingeleitet mit dem Ziel die erforderlichen 66 152 Unterschriften zu sammeln, um im Landtag einen Antrag gegen den Verkauf einbringen zu können. Diese wurde u. a. von der SPD, Linkspartei, WASG und von unserer Partei unterstützt. Das Ziel wurde mit 63 658 anerkannten Unterschriften nur knapp verfehlt. Es wäre sicherlich zu schaffen gewesen, wenn alle Unterstützer – auch wir - in ihrem Umfeld massiver geworben hätten und wenn auch in den Städten, die vom Verkauf kaum oder nicht betroffen sind, mehr Unterschriften gesammelt worden wären. Das zeigt aber, dass es nicht gelungen ist, die politische Bedeutung dieser Aktion gegen Privatisierungen insgesamt deutlich zu machen und welche Chance damit vergeben wurde, der Regierung auf einem ihrer zentralen Handlungsfelder eine strategische Niederlage beizubringen.

Bei den Aktionen gegen die Politik der Landesregierung sind die gegen das Kinderbildungsgesetz KiBiz besonders hervorzuheben. Allein in diesem Punkt gelang es, der Landesregierung wenigstens an einigen Punkten Zugeständnisse abzutrotzen, um das Allerschlimmste zu verhindern, auch wenn die negative Stoßrichtung des Gesetzes erhalten blieb und ab Sommer 2008 zu Verschlechterungen in den KiTas führen wird. Die Bewegung gegen das KiBiz war sehr breit und reichte von den Gewerkschaften über die Wohlfahrtsverbände bis hin zu den kommunalen Spitzenverbänden in NRW. Sie hat es geschafft wirklich massenhaft die Betroffenen Beschäftigten, Eltern und die Träger der

Einrichtungen in Bewegung zu bringen. Und sie hat langfristig und mit viel Phantasie alle Register der Aktionstätigkeit örtlich und zentral gezogen: von Infoständen vor den Einrichtungen, über örtliche und zentrale Veranstaltungen und Demos bis hin zum Streik, sprich der landesweiten Schließung von Einrichtungen. Diese Bewegung trägt Züge dessen, was wir in unserem Parteiprogramm beschreiben, wenn wir sagen, dass Allianzen weit über das linke Spektrum hinaus erforderlich sind, um weitere Angriffe der Herrschenden erfolgreich abzuwehren.

Wenn wir von den Kräften des Widerstandes in NRW sprechen, dann gehören dazu natürlich auch die betrieblichen und gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen der letzten drei Jahre, die sich nicht ausdrücklich gegen die Landesregierung gerichtet haben, aber dringend erforderlich waren und sind, wenn das Kräfteverhältnis in NRW nach links verschoben werden soll: Beispielhaft genannt seien hier die Kämpfe bei BenQ, der sechsmonatige Streik der Gate Gourmet Belegschaft, die Kämpfe um den Erhalt der Gerresheimer Glashütte, der erste Streik bei der Telekom seit ihrer Privatisierung, die aktuellen Auseinandersetzungen im Einzelhandel.

Bei all diesen Kämpfen haben wir erleben müssen, wie schwer es geworden ist, unter den Bedingungen von Hartz IV und der damit verbundenen Existenzangst diese Kämpfe zu organisieren und Erfolge zu erzielen. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass sich die Gewerkschaften oft nicht auf der Höhe der Zeit befinden, sich in ihrer Arbeitsweise noch nicht auf die oben skizzierten tiefgreifenden Veränderungen in den Betrieben und Belegschaften eingestellt haben. Auch da ist jedoch einiges in Bewegung: Die Aktion der IG Metall NRW „Gleiche Arbeit – Gleiches Geld“, und das davon ausgehende „Leipziger Signal“ des Gewerkschaftstages startet eine Kampagne gegen den Missbrauch von Leiharbeit und für die bessere gewerkschaftliche Erfassung der betroffenen Kolleginnen und Kollegen.

Der DGB hat mit der SPD in NRW eine Kampagne „Gute Arbeit“ initiiert, die sich gegen Leiharbeit, Befristung und Niedriglöhne richtet. Darüber, dass Schröder seinerzeit die Leiharbeit hoffähig machte (und dass keinesfalls gegen den Widerstand der NRW-SPD!) soll offensichtlich der Mantel des Vergessens gebreitet werden.

Liebe Genossinnen und Genossen,

die SPD-Landesvorsitzende Kraft sprach in ihrer Halbjahresbilanz davon, dass mit 300 000 DemonstrantInnen noch nie so viele Demonstrationen vor dem Landtag gegen eine Landesregierung stattgefunden hätten. Ob die Zahlen nun stimmen oder nicht: Tatsache ist, es tut sich was im Land, aber es tut sich lange nicht genug!

Ein Problem ist, dass es zwischen den einzelnen Bewegungen und Aktionen zu wenig Koordinierung gibt und gab, dass Bündnisaktivitäten fast nie gemeinsam ausgewertet werden, dass es zwischen Gewerkschaften, Bewegungen und linken Kräften so gut wie keinen Austausch über gemeinsame oder parallele

Aktivitäten gegen die Politik der Landesregierung und für einen Politikwechsel gibt.

Angesichts der bisherigen Erfahrungen mit dieser Regierung, ihrer Beratungsresistenz selbst gegenüber bürgerlichen Wissenschaftlern und Kritikern und der teilweise massiven Kritik aus den eigenen Reihen, können wir als Gegenkräfte jedoch nur aus der Defensive kommen, wenn wir unsere Kräfte weiter bündeln, einen intensiveren Erfahrungsaustausch pflegen und uns ggf. auf zentrale Aufgabenfelder einigen, in denen wir uns einen Erfolg erkämpfen wollen.

Die DKP Rheinland Westfalen hat in diesem Zusammenhang bereits mehrfach den Vorschlag eines landespolitischen Runden Tisches unterbreitet, den wir an dieser Stelle wiederholen möchten. Einladen zu einem solchen Erfahrungs- und Meinungsaustausch könnte die LINKE, die sich als einer der letzten Landesverbände am 20. Oktober auch in NRW gegründet hat. Sie hat – auch wenn sie in den letzten Monaten mehr mit sich selbst beschäftigt war als es wünschenswert gewesen wäre – in vielen der genannten Aktionen Flagge gezeigt und gilt als Hoffnungsträger für viele im Land, die eine andere Politik wollen. Damit und mit ihrem – nicht nur aus unserer Sicht – problematischen Alleinvertretungsanspruch für linke Politik hat sie eine große Verantwortung übernommen. Wir haben den Genossinnen und Genossen auf Ihrem Landesparteitag zur Gründung des Landesverbandes gratuliert und zum Ausdruck gebracht, dass diese Gründung objektiv die Bedingungen für linke Politik im Land verbessern kann. Und wir haben unsere Bereitschaft zur Zusammenarbeit unterstrichen und dafür Vorschläge gemacht.

Welche Beiträge unsere Bezirksorganisation im Kampf für eine andere Politik in NRW einbringen wird – dazu hat der Bezirksvorstand in seinem Leitantrag Vorschläge unterbreitet.

Wir wünschen uns eine größere Bewegung zu diesem Thema, sonst geben wir stillschweigend Herrn Papke Recht, der beim Neujahrsempfang der FDP meinte, ihre „Reformen“ seien wohl noch nicht scharf genug, weil sich so wenig gewerkschaftlicher Protest feststellen ließe.

Liebe Genossinnen und Genossen,

mit unserem Parteiprogramm, bei dessen Erarbeitung unsere Bezirksorganisation aktiv beteiligt war, haben wir auf dem Parteitag im April letzten Jahres eine politische Grundlage beschlossen. Nun muss es darum gehen, unsere Eingriffsfähigkeit zu erhöhen und mit unseren vorhandenen Kräften mehr Wirksamkeit zu entfalten. Was braucht die Partei also, um jetzt stärker zu werden? Wie gelingt es uns die Eingriffsfähigkeit der Genossinnen und Genossen vor Ort zu erhöhen?

Doch lasst uns zunächst einen Blick auf die geleistete Arbeit werfen und Bilanz ziehen.

Auf unserer 17. BDK vor drei Jahren waren wir uns einig, dass es uns gelingen muss, effektiver und koordinierter in die Kämpfe

einzugreifen, unsere bezirklichen Schwerpunkte Jugendarbeit, und die betriebliche und gewerkschaftliche Orientierung zu konkretisieren, einen Beitrag zum Erhalt der UZ zu leisten, eine 100%ige Kassierung zu gewährleisten, neue Mitglieder zu gewinnen und die Leitungsarbeit zu systematisieren.

Auf einer Aktivtagung vor einem Jahr stellten wir fest, dass unser Eingreifen vor Ort, ob parlamentarisch oder außerparlamentarisch die strategische Aufgabe hat, linke und fortschrittliche Kräfte im Kampf gegen Kriegspolitik, Demokratie- und Sozialabbau und gegen neue und alte Nazis zu bündeln und gleichzeitig die Partei zu stabilisieren und zu stärken.

Es ging auf dieser Tagung darum, die Dialektik von eigenständigem Handeln der DKP und dem Wirken in und mit Bündnissen näher zu beleuchten.

Genossinnen und Genossen leisten in den Bündnissen und in den Bewegungen, ob im Friedenskampf, im Kampf gegen Neofaschisten, der uns ja mittlerweile täglich herausfordert, ob im Kampf gegen Privatisierung, im Kampf gegen die Agenda 2010 und die Hartz-Gesetze oder auch für die Arbeiterbewegung eine sehr qualifizierte Arbeit. Sie entwickeln hohe Kompetenzen und besitzen viele Kompetenzen, die sie auch weitergeben. Doch manches Mal wissen nur Insider, dass sie Mitglied unserer Partei sind.

So müssen wir feststellen, dass es nach wie vor keine, oder zu wenig zielgerichtete und planmäßige Entscheidungen in den jeweiligen Leitungen über die Teilnahme an Bündnissen und Aktivitäten zu geben scheint. Es wird zu wenig kollektiv darüber diskutiert, welche Genossin oder welcher Genosse in welchen Bündniszusammenhängen aktiv ist und welche Positionen sie oder er dort vertreten soll. Es scheint eher so zu sein, dass jeder das macht, was er aus seiner subjektiven Lage und Anschauung für das beste hält.

Wir brauchen jedoch, neben einer klaren politischen Orientierung eine systematische und kollektive Arbeitsweise, wobei das erste die Bedingung für das zweite ist.

Die politische Orientierung sollte, das wissen wir, kollektiv erarbeitet werden.

Ich möchte an einem Beispiel verdeutlichen, wie schwierig diese einfache Weisheit ist.

Auf unserer letzten BDK gab es das berechtigte Drängen einzelner Kreisorganisationen, uns über kommunalpolitische Themen und Orientierungen zu verständigen und uns gleichzeitig zu qualifizieren. Nach einem guten Start des AK Kommunalpolitik war der Ofen aber schnell aus. Nach dem ersten Treffen gab es aus den Kreisen keinerlei Reaktionen oder Rückmeldungen mehr, weder zur Teilnahme noch zu Vorschlägen, wie wir anders vorgehen könnten, falls es Unzufriedenheit gab. Es ist dann einfach Funkstille und dies, Genossinnen und Genossen, obwohl wir mit der regelmäßigen Herausgabe unseres Infobriefes an immerhin

48 Adressaten die Möglichkeit des Informationsflusses bieten.

Der verbindliche Umgang miteinander, liebe Genossinnen und Genossen, sollte auf allen Leitungsebenen dringend verbessert werden, wenn wir es ernst meinen mit der Stärkung der Partei.

Insgesamt ist die Durchführung dieser Aktivtagung positiv zu bewerten, vor allem mit Blick auf die Teilnahme und dem breit formulierten Willen die Partei zu stärken.

Skepsis wurde jedoch vielfach im Hinblick auf die Festlegung konkreter Zielzahlen formuliert, wie sie die Beschlüsse der 8. und 10. Parteivorstandstagung vom September 2006 und Februar 2007 vorsehen.

Diese konkreten Vorstellungen und zwar nicht nur über Zahlen, sondern auch über Vorhaben und Aktivitäten, liebe Genossinnen und Genossen, sollten aus meiner Sicht jedoch für die kommende Arbeitsperiode in den Kreis- und Grundorganisationen diskutiert und formuliert werden.

Genossinnen und Genossen,

apropos Konkretisierung. Wie verhält es sich damit in der Entwicklung von Jugendpolitik?

Die Bezirksvorstandstagung im Juni 2006 befasste sich unter Beteiligung des LAA Rheinland-Westfalen und dem SDAJ Bundesvorstand mit der Lage der Jugendlichen in NRW und der Weiterentwicklung unserer Zusammenarbeit. Im Ergebnis dieser Beratung wurde einstimmig unter anderem die Durchführung einer Veranstaltung mit dem Titel „Die Partei stellt sich vor“ mit dem Ziel das Parteiprogramm der DKP mit SDAJ-GenossInnen und anderen Interessierten öffentlich zu diskutieren beschlossen. Darüber hinaus wurden die Kreisorganisationen aufgefordert feste Ansprechpartner für Jugendpolitik und die SDAJ festzulegen. Außerdem unterstützte die DKP-Rheinland-Westfalen die landesweite Aktion der SDAJ am 23. Juni 2006 in Krefeld zu Kopfnuten.

Nun haben wir in den Kreisorganisationen Wuppertal, Köln, Linker Niederrhein, Solingen und Aachen „Jugendverantwortliche“. Meine Bitte geht nun an die verbleibenden Kreisorganisationen, diese Festlegung bitte nach zuholen und sie dem neu gewählten Bezirksvorstand zu melden. Eine erste Beratung mit den Jugendverantwortlichen im Juni 2007 wertete die verschiedenen Anläufe zur Entwicklung von Jugendpolitik in den Kreisorganisationen Düsseldorf, Linker Niederrhein und Bergisch-Gladbach aus und stellte unter anderem fest, dass Jugendpolitik nicht unbedingt ein eigenständiges, zusätzliches Politikfeld ist, sondern es vielmehr darum geht brennende politische Fragen jugendpolitisch aufzubereiten, zentrale Forderungen und Aktionen zu entwickeln und damit auf Jugendliche zuzugehen. Fester und zentraler Bestandteil hierbei ist und bleibt die Zusammenarbeit, die Unterstützung und die Solidarität mit der SDAJ.

Um unsere Genossinnen und Genossen über die bildungspoliti-

sche Misere in NRW zu informieren und Positionen zu erarbeiten, führten wir gemeinsam mit dem Ruhrbezirk und der SDAJ einen bildungspolitischen Ratschlag durch, dessen Ergebnisse als Arbeitsmaterial in einer Dokumentation festgehalten sind.

Die Veranstaltung „Die Partei stellt sich vor“, haben wir im Februar dieses Jahres im Hinblick auf die inhaltliche Ausrichtung und der sich anschließenden sehr spannenden Diskussion mit Erfolg durchgeführt. Die Teilnahme war jedoch mit 12 Teilnehmer und Teilnehmerinnen eher enttäuschend.

Des Weiteren forderte der Bezirksvorstand auf seiner Sitzung im April 2007 jede Grundorganisation auf, zusammen mit der SDAJ Gruppe ihrer Stadt, oder falls nicht vorhanden, zusammen mit dem SDAJ Landesverband eine öffentliche Veranstaltung mit jugendpolitischem Thema durchzuführen.

Vereinzelt wurde dieses Angebot der SDAJ von den Kreisorganisationen aufgegriffen, aber längst nicht von allen. Von daher gilt es, solche gemeinsamen Veranstaltungen auch über den heutigen Tag hinaus in Angriff zu nehmen.

Im Berichtszeitraum haben wir in den Jahren 2005, 2006 und 2007 für die LL-Demonstration in Berlin mobilisiert und 2 Busse zur Verfügung gestellt. Der Nachtbus erfreut sich immer wieder großer Beliebtheit gerade unter jungen Genossinnen und Genossen und Mitgliedern der SDAJ und ihrer Bündnispartner. Auch 2008 werden wir wieder nach Berlin fahren. Informationen findet ihr in Euren Delegiertenmappen und ich nehme auch heute gerne Eure Anmeldungen entgegen.

Auch die SDAJ feiert nächste Jahr ihr 40igstes Bestehen. An dieser Stelle laden wir uns schon mal selbst ein und unterstützen die geplanten Aktivitäten.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

zur Entwicklung unserer betrieblichen und gewerkschaftlichen Orientierung haben wir auf bezirklicher Ebene den Arbeitskreis Bayer, inklusive der Pille-Redaktion und den Arbeitskreis W und S.

Die Arbeit des Arbeitskreises Bayer zeigt erste Erfolge. So konnten wir einen aktiven Beitrag im Rahmen der Auseinandersetzungen um die BAYER INDUSTRY SERVICES, kurz BIS genannt leisten.

Mit 15 Extra-Ausgaben der Pille begleiten wir die Aktionen und Proteste, haben unsere Standpunkte eingebracht und konnten neue Kontakte knüpfen.

Die Verteilung der Pille ist mittlerweile routinemäßig abgesichert. Auch das alljährliche Pille-Fest hat an Attraktivität gewonnen. Unser regelmäßiges Auftreten auf den Aktionärsversammlungen des Bayerkonzerns sind immer wieder Höhepunkte.

An dieser Stelle und im Namen des Bezirksvorstandes ein herzliches Dankeschön an alle Genossinnen und Genossen, die diese Arbeit rund um Bayer ermöglichen.

Der Arbeitskreis W und S ist in seiner Zusammensetzung zwar nicht breiter geworden, aber die Arbeit der Genossinnen und Genossen hat deutlich an Qualität gewonnen und das Selbstverständnis mit Blick auf die Aufgabenstellung konnte geschärft werden.

Der Arbeitskreis hat ein hervorragendes Material zum Mindestlohn erarbeitet, welches ihr auch in Euren Delegiertenunterlagen zur Unterstützung der heutigen Antragsberatung findet. Auch zum Thema Rente gibt es eine veröffentlichte Broschüre, die gute Argumente und hilfreiche Informationen enthält. Die alljährlichen Roten Mai-Empfänge werden verantwortlich vom Arbeitskreis vorbereitet, durchgeführt und gewinnen mehr und mehr an Qualität und Beliebtheit in unserer Mitgliedschaft und darüber hinaus. An dieser Stelle auch ein herzliches Dankeschön an die Genossinnen und Genossen für ihre geleistete Arbeit.

In unseren Berichtszeitraum fällt auch unser Beitrag zu zwei sehr erfolgreichen Pressefesten. Beim letzten im Juni dieses Jahres hat unsere Bezirksorganisation zum ersten Mal die alleinige Verantwortung für das Kinderfest übernommen und, ich glaube sagen zu können, mit viel Erfolg. Dies gilt auch für die Durchführung der Tombola durch die Kreisorganisation Köln. Im Buttonverkauf waren wir Spitze, und mit unseren Einsätzen bei den Werbeaktionen in Dortmund haben wir diesmal sogar unser Plansoll übererfüllt.

Aber liebe Genossinnen und Genossen,

diese Unterstützung verlief in den Kreisorganisationen sehr unterschiedlich. Diese unterschiedlichen Entwicklungen stellen wir aber nicht nur im Hinblick auf die Pressefeste fest.

Ohne an dieser Stelle nun in Einzelheiten zu gehen kann ich sagen, dass die Kreisorganisationen Linker Niederrhein, Aachen, Siegen und Wuppertal sich stabilisiert haben, Aktivitäten zugenommen haben und tragfähige Leitungen zur Verfügung stehen.

Problematischer, um nicht zu sagen kompliziert, sind die Entwicklungen in Düsseldorf, Köln, Bonn und Düren. Kaderprobleme und schwierige bündnispolitische Konstellationen, um nur zwei Stichworte zu nennen, machen den Genossinnen und Genossen die politische Arbeit nicht einfach und erfordern ein kräftezehrenden Einsatz.

Genossinnen und Genossen,

kommen wir nun zur Mitgliederentwicklung, zur UZ und zu unserer Kassierung.

Schauen wir uns die Mitgliederentwicklung in unserer Bezirksorganisation an, so haben wir seit unserer letzten BDK und nach dem Mitgliedsbuchumtausch in 2006 per saldo 21 Mitglieder, meist durch bedauerliche Todesfälle oder durch Wegzug verloren und kommen jetzt auf einen Mitgliederstand von 578. Obwohl wir zahlreiche neue Mitglieder begrüßen können, im Berichtszeit-

raum sind es 39, in vier Kreisorganisationen gibt es sogar per Saldo einen Mitgliederzugewinn, ist es zwar noch nicht gelungen den Abwärtstrend zu stoppen, aber wir konnten ihn verlangsamen und es zeigt darüber hinaus, dass Mitglieder gewonnen werden können und dass wir vielmehr ein Problem damit haben, neu gewonnene Mitglieder durch attraktive Diskussions- und Aktionsangebote und mit einem lebendiges Parteileben an die Partei zu binden. Dies ist jedoch keine unlösbare Aufgabe sondern stellt an uns die Herausforderung mit Zuversicht, Humor und Phantasie solche Angebote zu entwickeln. Ich weiß, dass wir das können, denn so habe ich die Partei kennen gelernt.

Auch die Entwicklung der UZ-Abonnenten verläuft widersprüchlich, zumal wir über keine gesicherte Datenlage verfügen, was sich aus meiner Sicht in naher Zukunft dringend ändern muss. Festhalten können wir, dass wir im laufenden Jahr 43 neue Abonnenten und 60 Probeabonnenten gewonnen, jedoch auch 33 verloren haben. Festhalten können wir auch, dass wir mehr UZ-Abonnenten haben als Mitglieder. Dort liegen Potentiale und Möglichkeiten zur Stärkung der Partei und der UZ.

Die Kassierung ist sicherlich nicht nur in unserer Bezirksorganisation ein Problem. Wir haben zumindest in den letzten Monaten die Diskussion darüber intensivieren und verbreitern können. Erfolge werden langsam sichtbar. Aktuell haben wir jedoch einen Kassierungsstand von lediglich 76 Prozent.

Verbessert werden konnte die Lage der Kassierung in den beiden größten Kreisorganisationen. In Düsseldorf ist sie jedoch nach wie vor prekär. Als äußerst problematisch ist der Kassierungsstand in Wuppertal, im Märkischen Kreis und in Mettmann. Positiv hervorheben möchte ich an dieser Stelle die Kreise Ruhr-Erfurt und Bonn, die eine hundertprozentige Kassierung vorweisen können. Gut kassiert sind die Kreisorganisationen Köln, Hagen und Solingen.

Mit unserem derzeitigen Kassierungsstand ist die Hauptamtlichkeit unserer Parteiführung gefährdet und es nimmt uns auch auf Kreis- und Bezirksebene Spielräume für die zwingend notwendige politische Arbeit. Also sucht auch nach neuen Wegen und macht die Kassierung zu einer Leitungsaufgabe!
Genossinnen und Genossen,

mit den Euch vorliegenden Leitantrag des Bezirksvorstandes „Profil schärfen - DKP stärken“ knüpfen wir an die politische Orientierung unserer letzten BDK an.

Mit unseren Arbeitsvorhaben 2008/2009 versuchen wir eine politische Einordnung und formulieren unsere grundsätzlichen Aufgaben.

Ohne betriebliche Mobilisierung gegen Sozial- und Demokratieabbau und gegen Kriegspolitik und ohne starke und kämpferische Gewerkschaften können keine politischen und sozialen Verbesserungen nachhaltig durchgesetzt werden. Unsere betriebliche und gewerkschaftliche Arbeit ist somit eine zentrale strategische Aufgabe. Sie braucht Kontinuität, Beharr-

lichkeit und Ausdauer.

Deshalb sind die Kreis- und Grundorganisationen aufgefordert die Möglichkeit zu prüfen einen Schwerpunkt ihrer politischen Arbeit in bzw. vor einem Betrieb zu entwickeln. So sollten wir uns auch gut auf die kommenden Tarifauseinandersetzungen vorbereiten und uns in die Lage versetzen die zu erwartenden Kämpfe auch vor Ort begleiten und unterstützen zu können.

Unsere breitangelegte Bündnispolitik, als strategische Orientierung ist ein weiterer Teil unseres Profils, mit dem wir uns unverwechselbar in alle Bewegungen einbringen. Dabei versuchen wir die Erkenntnis zu verankern, dass die Abwehrkämpfe letztlich nur erfolgreich geführt werden können, wenn sie mit gesellschaftlichen Perspektiven verbunden werden. Dabei bringen wir unsere Perspektive einer sozialistischen Gesellschaft ein. Dies ist ebenfalls Teil unseres Profils.

Das Wirken als Internationalistinnen und Internationalisten ist ein weiteres Merkmal, das uns in aktuellen und künftigen Bewegungen unverwechselbar und unverzichtbar macht. All die benannten Merkmale skizzieren unser Profil und es gilt, dies in Theorie und Praxis zu schärfen und unsere Partei dadurch attraktiver zu machen und zu stärken.

Dazu müssen wir, Genossinnen und Genossen nicht nur linke und fortschrittliche Kräfte bündeln, sondern auch unsere Eigenen.

Wir wissen, dass wir eine vernünftige, das heißt klassenorientierte Landespolitik nur gemeinsam mit dem Ruhr Bezirk entwickeln und praktizieren können, oder sie wird real nicht stattfinden, gerade auch mit Blick auf die Landtagswahl im Jahr 2010.

Auch auf dem Gebiet der Kommunalpolitik suchen wir eine engere Zusammenarbeit, um unsere Arbeit weiter zu qualifizieren und uns für die Kommunalwahl 2009 aufzustellen.

Wenn wir, wie im Antrag des Parteivorstandes an den 18. Parteitag feststellen, dass „die DKP durch ihre theoretische Arbeit und ihr politisches Handeln ihre gesellschaftliche Notwendigkeit und Nützlichkeit für die arbeitende Klasse und die Bewegungen nachweisen“ muss, dann muss die gesamte Parteiarbeit in unserer Bezirksorganisation darauf gerichtet sein, jedes Mitglied unserer Bezirksorganisation besser zu befähigen, entsprechend zu diskutieren, zu handeln und auch selbstbewusst als Kommunistin und Kommunist aufzutreten und damit zur Partei zu stehen!. Denn es gilt: wenn wir uns selbst vergessen, werden wir vergessen.

Das heißt die Parteibildungsarbeit, die marxistische Bildung muss dringend flächendeckender und systematischer stattfinden. Erst sehr gute Ansätze hierzu gibt es.

Genossinnen und Genossen,

auf der schon erwähnten Aktivtagung wurde organisationspolitischer Veränderungsbedarf sichtbar. Am deutlichste formuliert

findet sich dieses Anliegen in dem Antrag der Kreisorganisation Linker Niederrhein an unsere BDK.

Dort heißt es unter anderem: „ Ebenso ist darüber nachzudenken, inwieweit es immer sinnvoll ist, Kreisorganisationen auch dort aufrecht zu erhalten, in denen es nur zwei oder drei Gruppen gibt... , oder ob es nicht besser ist, dass diese Gruppen eigenständig arbeiten. Auch die Frage nach der Zusammenlegung von Gruppen in einer Kreisorganisation einer Großstadt muss gestellt werden.“

Diese Fragen wurden in den Kreisorganisationen Köln und Leverkusen/Rhein-Berg/Oberberg gestellt. In Köln sind wir zurzeit dabei Gruppen zusammenzulegen und auch die Arbeit des Kreisvorstandes zu bündeln. Die Kreisorganisation Leverkusen/Rhein-Berg/Oberberg hat sich aufgelöst, um so alle Kraft in die Grundorganisationen stecken zu können.

Wir können und werden sicherlich nicht von heute auf morgen unsere gesamten Strukturen verändern. Aber wir müssen darüber nachdenken und auch ausprobieren, wie es uns gelingt, um mit den Worten von Heinz Steht zu sprechen die Zentrale und die Grundorganisationen wirksam zu stärken.

So haben wir uns im Bezirksvorstand in Vorbereitung dieser BDK mit der zukünftigen Arbeitsweise dieses Leitungsgremiums befasst und beschlossen diese zu E4ndern.

Wir brauchen mehr Raum für die politische Debatte und die daraus abgeleiteten Schlussfolgerungen für die Entwicklung in der Bezirksorganisation. Wir schlagen vor den Bezirksvorstand zu verkleinern, um Kapazitäten für die Arbeit in den Kreis- und Grundorganisationen zu gewinnen. Wir schlagen einen veränderten Sitzungsrhythmus vor und werden zur verbesserten Anleitung im Kontext der Bezirksvorstandssitzungen Kreis- und Gruppenvorsitzenden Beratungen durchführen.

Die Mitglieder des Bezirksvorstandes begrüßen und unterstützen auch den Vorschlag der Genossinnen und Genossen der Kreisorganisation Linker Niederrhein, beim Parteivorstand eine Arbeitsgruppe einzurichten, die sich intensiv mit möglichen Strukturveränderungen der Partei befasst und Hilfestellungen entwickelt. Kommt sie zustande, so werden wir mitarbeiten. Genossinnen und Genossen,

mit unserer heutigen BDK werden wir neben den Wahlen, gemeinsam Bilanz ziehen und uns zu aktuellen politischen Entwicklungen äußern. Mit unserer heutigen Konferenz leisten wir auch, ich hoffe einen positiven Beitrag zur Vorbereitung unseres 18. Parteitages.

Im kommenden Jahr feiert die Deutsche Kommunistische Partei ihr 40jähriges Bestehen. Wir schlagen der Bezirksorganisation Ruhr in unserem Leitantrag vor, gemeinsam mit dem Parteivorstand eine zentrale Veranstaltung „40 Jahre DKP“ in NRW zu organisieren. Parallel bitten wir die Kreis und Grundorganisationen, lokale Veranstaltungen und Feste unter Einbeziehung

der Bündnispartner durchzuführen.

Bei all' dem geht es darum, dass aus Mehrheitsmeinungen Protest und Widerstand wird, dass die Faust aus der Tasche genommen wird und:

Bei all' dem sollten wir unsere Arbeitsweise nicht nur kollektiver und verbindlicher gestalten, sondern auch wieder mehr darauf achten, es solidarischer zu tun!

Denn nur organisiertes und einheitliches Handeln macht uns auch wieder stärker!

Ich danke Euch für Eure Geduld und Aufmerksamkeit.

Antrag 1 in der nachfolgenden Fassung angenommen:**Arbeitsvorhaben 2008/2009 der DKP Rheinland-Westfalen****Profil schärfen - DKP stärken!****Einleitung**

Die Mitglieder der Bezirksorganisation der DKP Rheinland-Westfalen sind gefordert, in den Betrieben und Verwaltungen, innerhalb der Gewerkschaften, in Bündnissen und Bewegungen, in der Kommune und bei landespolitischen Aktivitäten ihren Beitrag zu leisten, die neuen Herausforderungen und Chancen für eine Kommunistische Partei und die sich daraus ergebenden Aufgaben für deren Wirken in den kommenden beiden Jahren genauer zu erkennen und effektiver zu erfüllen.

Die CDU/FDP Landesregierung wird in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode ihren Kurs des weiteren neoliberalen Umbaus unseres Bundeslandes fortsetzen. Wir werden - gemeinsam mit der Bezirksorganisation Ruhr-Westfalen - zur Fortsetzung und Verbreiterung des Widerstandes gegen diese Politik beitragen und uns dabei vor allem für ein mehr an Vernetzung und gemeinsamem Handeln einsetzen, um die Erfolgsaussichten der Bewegungen zu vergrößern. Der Kampf gegen Privatisierungen, gegen Demokratieabbau in allen Lebensbereichen und für ein gerechtes Bildungssystem hat dabei für uns zentrale Bedeutung. In den nächsten beiden Jahren werden wir auf allen Politikfeldern weiterhin in Abwehrkämpfen gefordert sein, die nur mit Erfolg geführt werden können, wenn es gelingt, breite - weit über das klassische linke Spektrum hinaus gehende - Allianzen zusammenzuführen und zu ermutigen, für die eigenen Interessen aktiv zu werden. Diese strategische Orientierung ist ein Teil unseres Profils, mit dem wir uns unverwechselbar in alle Bewegungen einbringen. Bei der dazu unabdingbaren Betonung der Gemeinsamkeiten versuchen wir in diesen Bewegungen die Erkenntnis zu verankern, dass die Abwehrkämpfe letztlich nur erfolgreich geführt werden können, wenn sie mit gesellschaftlichen Perspektiven verbunden werden, mit Alternativen, die - ausgehend von den Klasseninteressen - für eine andere Politik stehen. Dabei bringen wir unsere Perspektive einer sozialistischen Gesellschaft ein. Das macht einen weiteren Teil unseres Profils aus. Die Orientierung auf die Arbeiterklasse als wichtigster gesellschaftlicher Faktor und die daraus abgeleitete Betonung der Bedeutung betrieblicher und gewerkschaftlicher Kämpfe sowie unser Wirken als Internationalistinnen und Internationalisten sind weitere Merkmale, die uns in aktuellen und künftigen Bewegungen unverwechselbar und unverzichtbar machen. Dieses Profil gilt es in Theorie und Praxis zu schärfen und unsere Partei dadurch attraktiver zu machen und zu stärken.

Betriebliche Orientierung verstärken

Die betrieblichen und gewerkschaftlichen Kämpfe unserer Zeit sind Abwehrkämpfe. Bestenfalls werden soziale und demokratische Rechte verteidigt, oft besteht der Erfolg in der Höhe der gezahlten Abfindungen, selten in der dauerhaften Standortsicherung. Die Gewerkschaften verlieren nach wie vor

Mitglieder und zwar nicht nur wegen Massenentlassungen und Betriebsschließungen. Es fehlt eine gemeinsame Strategie der Gegenwehr und eine gesamtgesellschaftliche Konzeption. Dauermassenarbeitslosigkeit und Hartz IV führen zu Ängsten und Unsicherheiten in den Belegschaften und schränken die Mobilisierungsfähigkeit ein. Belegschaften differenzieren sich durch die Flexibilisierung und Deregulierung des Arbeitsmarktes weiter aus. Die Kernbelegschaften schrumpfen, prekäre Beschäftigungsverhältnisse nehmen dramatisch zu. „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ und „ein Betrieb eine Gewerkschaft“ werden immer mehr zu Auslaufmodellen.

Ohne betriebliche Mobilisierung gegen Sozial- und Demokratieabbau und gegen Kriegspolitik und ohne starke und kämpferische Gewerkschaften können jedoch keine politischen und sozialen Verbesserungen nachhaltig durchgesetzt werden. Unsere betriebliche und gewerkschaftliche Arbeit ist somit eine zentrale

strategische Aufgabe. Sie braucht Kontinuität, Beharrlichkeit und Ausdauer.

Deshalb

- verstärken wir unsere Bemühungen den Arbeitskreis Bayer zu verbreitern und mehr, vor allem junge Mitglieder für die Arbeit im Arbeitskreis und in der Pille-Redaktion zu gewinnen. Langfristiges Ziel ist die Gründung einer Betriebsgruppe Bayer.
- führt der Arbeitskreis Wirtschafts- und Sozialpolitik seine Arbeit kontinuierlich fort mit dem Ziel Argumentationen und Grundlagen zur Erarbeitung von Positionen zu relevanten Themen zu erarbeiten. Darüber hinaus bereitet er die Durchführung der Mai-Empfänge 2008 und 2009 vor.
- prüfen die Kreis- und Grundorganisationen die Möglichkeit einen Schwerpunkt ihrer politischen Arbeit in bzw. vor einem Betrieb zu entwickeln.

Kommunalpolitisch verankern

Unser Handeln vor Ort ist zuerst ein kommunalpolitisches - daraus abgeleitet kann es auch ein kommunalwahlpolitisches sein.

Zentrale Themen hierbei sind „Kommune und Privatisierung“, „Kommune und Banken“ und Kommune und Demokratie“

- Die Gliederungen der DKP Rheinland-Westfalen unterstützen da wo möglich vor Ort jeden Ansatz eines Widerstandes gegen den Versuch weiteres öffentliches Eigentum zu privatisieren.
- Zur Qualifizierung der kommunalpolitischen Arbeit schlägt der Bezirksvorstand der Bezirksorganisation Ruhr-Westfalen gemeinsame Beratungen zu den oben genannten Themen vor.
- Bei den bevorstehenden Kommunalwahlen tritt die DKP dafür ein, in verschiedenen Kandidatur- und Wahlkampf-

formen den Einfluss antikapitalistischer und kommunistischer Kräfte zu erhöhen

- Wir kämpfen um die Verteidigung des DKP-Mandats in Gerresheim

Landespolitik entwickeln

Privatisierung, Deregulierung und Präkarisierung, weitere Umverteilung von unten nach oben mit Armut für immer mehr Menschen, Demokratieabbau in Betrieb, Verwaltung und Kommune - das zeichnete die Politik der CDU/FDPLandesregierung in der ersten Hälfte der Legislaturperiode aus und wird auch die zweite Hälfte bestimmen. Die Auseinandersetzung mit dieser Politik wird sich verschärfen je näher die Landtagswahlen von 2010 rücken.

Die Stärkung des außerparlamentarischen Widerstandes gegen die in Düsseldorf betriebene Politik des Sozialkahlschlags und Demokratieabbaus, die Sammlung und Zusammenführung aller Kräfte, die zum partei- und organisationsübergreifenden Zusammenwirken in diesen Bewegungen für die Durchsetzung einer grundlegend anderen Politik bereit sind, ist in unseren Augen die entscheidende landespolitische Fragestellung und Aufgabe gerade auch mit Blick auf die kommenden Landtagswahlen.

Eine besondere Verantwortung trägt (in diesem Zusammenhang) gestrichen dafür „aus unserer Sicht“ der neu gebildete Landesverband NRW der LINKEN.

Auch im Bereich Landespolitik wollen wir unser Profil schärfen, indem wir eigene mobilisierungsfähige Alternativen einbringen und uns als Kraft profilieren, die im außerparlamentarischen Bereich und bei den Wahlen für eine Bündelung der Kräfte eintritt. Das ist ohne einen Neuanfang in der Information, Abstimmung und Zusammenarbeit mit dem Ruhr-Bezirk nicht möglich. Als eine Maßnahme in diesem Prozess sollte deshalb eine Vernetzung von auf verschiedenen Politikfeldern tätigen Parteiaktivisten über kommunale und bezirkliche Grenzen hinaus in Erwägung gezogen und organisiert werden. Inhaltliche Schwerpunkte sollten der Kampf gegen Privatisierungen, die Bildungspolitik sowie die Energiepolitik sein.

Deshalb

- wirken wir in Gewerkschaften und Bewegungen sowie bei linken Organisationen für eine Vernetzung und Bündelung der Kräfte gegen die Politik der Landesregierung (Landespolitischer Runder Tisch)
- arbeiten wir in landesweiten Bündnissen wie z.B. dem Bündnis „Eine Schule für alle“ mit
- verbessern wir die Koordinierung mit dem Ruhr-Bezirk mit dem Ziel, dass die DKP bei allen wichtigen Aktionen gegen die Landesregierung mit Flugblättern und/oder Transparenten vertreten ist
- Setzen wir uns zum Ziel gemeinsam mit dem Ruhrbezirk unsere Landespolitischen Forderungen zu überarbeiten und zu aktualisieren (2009), auch mit Blick auf Forde-

rungen zur Energiepolitik

- Setzen wir unsere Zusammenarbeit mit dem Ruhrbezirk zum Thema Bildungspolitik fort und klären ob es möglich ist, gemeinsam ein Schul/Bildungspolitisches (Forderungs-)Programm zu erarbeiten

Schluss mit den Auslandseinsätzen der Bundeswehr! Auflösung aller US-Militärbasen! - Kampf gegen Rechts verstärken!

Deutschland baut im europäischen Maßstab sein militärisches Engagement weiter aus, neue Rüstungsvorhaben werden geplant und umgesetzt und Truppen in alle Welt entsandt.

Ein gesellschaftliches Klima der Angst, der Konkurrenz, des Nationalismus und des Rassismus wird geschürt und strukturell gefördert. Die Bundeswehr kehrt planmäßig auf öffentliche Plätze zurück. Die Reorganisation reaktionärer Kräfte wird gedeckt und verschleiert. Linke, fortschrittliche und kommunistische Kräfte und Organisationen werden kriminalisiert. Der Kampf gegen Rechts und Militarismus gewinnt mehr und mehr an Bedeutung.

- Der BV beteiligt sich am Bündnis antifaschistischer Initiativen und Organisationen in NRW und verwirklicht seine Beschlüsse im Rahmen seiner Möglichkeiten.
- Der BV ist bestrebt, bündnispolitische Aktionen gegen die zunehmende Militarisierung der Innen- und Außenpolitik in NRW, in Zusammenarbeit mit dem Ruhr-Bezirk, zu initiieren bzw. zu unterstützen; insbesondere Proteste gegen die verstärkten Werbeeinsätze der Bundeswehr
- Wir orientieren auf eine verstärkte Mobilisierung zu den Ostermärschen (im Rheinland) streichen und dafür einfüge „an Rhein und Ruhr.“
- Ein weiteres Ziel ist es, regelmäßiger an den Treffen und Veranstaltungen der VVN BdA in NRW teilzunehmen, um dadurch den Kontakt wieder auf eine solide Grundlage zu stellen.
- Wir unterstützen weiterhin alle Aktivitäten für das Verbot der NPD

Die Jugend gewinnen

Die gesamte Partei und somit auch unsere Bezirksorganisation sind aufgefordert, darüber nachzudenken und zu experimentieren wie jugendliche Mitglieder in die Parteiarbeit und Leitungstätigkeit einbezogen werden können.

- Der Bezirksvorstand befasst sich in zwei Bezirksvorstandssitzungen mit diesem Thema und erarbeitet handlungsorientierte Vorschläge.
- Die Bezirksorganisation unterstützt politisch und finanziell das zentrale Pfingstcamp 2008 der SDAJ in Köln und leistet dazu einen eigenständigen Beitrag
- Die Bezirksorganisation unterstützt die Veranstaltung zum 40jährigen Bestehen der SDAJ am 3. Mai 2008 in Leverkusen
- Die Kreisorganisationen sind aufgefordert Jugendver-

antwortliche zu benennen und die SDAJ vor Ort zu unterstützen

- Wir führen die von der SDAJ angebotene „Jugendtour“ fort und fordern die Kreis- und Grundorganisationen auf gemeinsam mit der SDAJ öffentliche Veranstaltungen durchzuführen. Marxistisch bilden, theoretisch arbeiten – Aktionsfähigkeit gewinnen

Unsere Fähigkeit zur wissenschaftlichen Analyse der ökonomischen und politischen Entwicklungen ist eine Voraussetzung für unsere Handlungsfähigkeit und macht für viele, die mit uns in Gewerkschaften und Bewegungen kämpfen, unserer Attraktivität aus. Diese Fähigkeit ist kein Selbstläufer, sondern muss von neuen Mitgliedern neu erworben und von allen Mitgliedern der DKP ständig geschult und weiterentwickelt werden.

Die erste Voraussetzung zur Verbesserung und Vertiefung unserer marxistischen Bildungsarbeit ist die Behandlung der beschlossenen zentralen Bildungsthemen in allen Gruppen und Kreisen. Als Themen wurden beschlossen für

2008

- Die sozialistische Alternative im Programm der DKP - Geschichte und Perspektiven;
- Das Subjekt der Veränderung: Arbeiterklasse, Gewerkschaften und Bündnispartner;
- Die DKP als revolutionäre Partei der Arbeiterklasse, ihre Tradition, ihre Geschichte, ihr Aufbau und ihre Organisation;

2009

- Kapitalistischer Staat und Demokratie;
- Krieg und Frieden im 21. Jahrhundert;
- Gesellschaftliche Bewegungen im Widerstand: Sozial- und Demokratieabbau stoppen - Das Kräfteverhältnis verändern!

Die marxistische Bildungsarbeit muss auch auf bezirklicher Ebene eine zentrale Leitungsaufgabe werden.

Insbesondere wollen wir:

- die Angebote der K-L-Schule besser bekannt machen und Teilnehmerinnen aus den Gruppen und Kreisen gezielt für Kurse und Seminare gewinnen. Dies muss Bestandteil der Leitungsarbeit vor Ort werden.
- das Angebot der Marx-Engels-Stiftung besser nutzen und die Erfahrungen mit MASCH, linken Dialogen und anderen Angeboten, die es in einer Reihe von Kreisorganisationen gibt, auswerten und - wenn möglich – verbreiten
- durch die Neu-Organisation der Leitungs- und Anleitungsaufgabe auf Bezirksebene neue Impulse für eine qualifiziertere politische Diskussion auf allen Parteiebenen, v.a. aber in den Gruppen und Kreisen geben (siehe auch unter Absatz „Organisationspolitik“)
- den Startschuss für eine Verbesserung - mancherorts sicherlich auch Neuanfang - unserer Tätigkeit im Bereich Marxistische Bildung durch eine bezirkliche Bildungs-

beratung im 1. Quartal des Jahres 2008 geben. Der BV wird deren Ergebnis auswerten und davon ausgehend weitere Maßnahmen diskutieren und beschließen.

Die UZ stärken und nutzen

Die Abonnentenzahlen der UZ sind auch in unserer Bezirksorganisation nach wie vor rückläufig. Von einer Wende in der Abo-Entwicklung kann somit keine Rede sein. Es geht um den Erhalt der UZ als Wochenzeitung

Die UZ muss Wochenzeitung bleiben! Das ist ein Ziel, für das wir alle kämpfen müssen. Die Arbeit mit der UZ muss somit zu einer zentralen Leitungsaufgabe werden.

- Wir würden es begrüßen wenn das nächste „Pressefest der UZ - Volksfest der DKP“ 2009 stattfinden würde - vorzugsweise wieder im Revierpark Dortmund-Wischlingen. Unsere Bezirksorganisation wird versuchen, dazu gemeinsam mit dem Ruhr-Bezirk einen unübersehbaren Beitrag in der Vorbereitung und Durchführung zu leisten. In der Öffentlichkeitsarbeit zum Pressefest soll nicht nur für die Teilnahme geworben werden, sondern auch neue UZ-Abonnenten gewonnen und die Mitgliederwerbung verstärkt werden. Zum Pressefest wird ein eigener Arbeits- und Maßnahmenplan erstellt.
- Der Bezirksvorstand wird sich auf einer seiner Tagungen inhaltlich mit der UZ und ihrer Stärkung und ihrem Nutzen für unsere Arbeit auseinandersetzen. Diese Diskussion soll dann auch in einer Kreisvorsitzenden Beratung ihren Niederschlag finden.
- Alle Kreis- und Grundorganisationen sind aufgefordert regelmäßige UZ-Leserinnen-Veranstaltungen durchzuführen und die Angebote der UZ-Redaktion hierzu zu nutzen.
- Die Kreis- und Grundorganisationen sind aufgefordert systematisch dafür Sorge zu tragen, dass die UZ bei allen Aktionen und Info-Tischen in ausreichender Zahl zur Verteilung kommen.
- Der Beschluss, dass jedes Mitglied der DKP pro Vierteljahr eine Spendenmarke zur Unterstützung der UZ erwerben soll, muss konsequenter umgesetzt werden
- Der Bezirksvorstand sorgt dafür, dass den Kreisorganisationen regelmäßig die „UZ-Listen“ zur Verfügung gestellt werden.

Wenn das Ziel klar ist, entscheidet die Organisation Alles

Wenn wir feststellen, dass „die DKP durch ihre theoretische Arbeit und ihr politisches Handeln ihre gesellschaftliche Notwendigkeit und Nützlichkeit für die arbeitende Klasse und die Bewegungen nachweisen“ muss (Arbeitsvorhaben 2008/09 - Antrag des PV an den 18. Parteitag), dann muss die gesamte Parteiarbeit in unserer Bezirksorganisation darauf gerichtet sein, jedes Mitglied unserer Bezirksorganisation besser zu befähigen, entsprechend zu diskutieren und zu handeln.

Das bedeutet:

- Eine realistische an den gemeinsam diskutierten und beschlossenen Schwerpunkten orientierte Arbeitsplanung

- Organisationspolitische Herangehensweisen, die sich an den realen (Partei)Bedingungen und politischen Erfordernissen orientieren
- Dass die marxistische Bildungsarbeit stärker als Leitungsaufgabe auf allen Parteiebenen erkannt und organisiert werden muss.
- Vertiefung der innerparteilichen Demokratie mit dem Ziel, mehr Genossinnen und Genossen auf allen Ebenen in die Erarbeitung von Festlegungen und Beschlüssen einzubeziehen und die Verbindlichkeit bei deren Umsetzung zu erhöhen
- Mehr Verantwortungsbewusstsein, Eigeninitiative und Solidarität, um unter den Bedingungen reiner Ehrenamtlichkeit gemeinsam effektiver wirken zu können
- Ein sich in offensiverer Öffentlichkeitsarbeit ausdrückendes stärkeres Selbstbewusstsein der Mitglieder und Parteigruppen

Dabei muss der Schwerpunkt aller Leitungstätigkeit darauf gerichtet sein, die Parteigruppen und -kreise zu unterstützen und zu stärken.

Als konkrete Maßnahmen nehmen wir uns vor:

- Der neu gewählte Bezirksvorstand wird seine Arbeitsweise durch die Reduzierung der Sitzungen bei gleichzeitiger

Verlängerung der Sitzungsdauer so gestalten, dass es genügend Raum für die politische Diskussion gibt und somit die Anleitungsaufgabe qualifiziert werden kann.

- Die Durchführung von Gruppen- und Kreisvorsitzendenberatungen (4 bis 5 mal jährlich in Auswertung der Parteivorstands- und Bezirksvorstandstagungen)
- Die Durchführung einer Aktivtagung zur Organisationspolitik bis spätestens Anfang Mai 2008 (entsprechendes Arbeitsmaterial liegt bereits vor)
- Wir schlagen der Bezirksorganisation Ruhr vor, gemeinsam dem Parteivorstand den Vorschlag zu unterbreiten, eine zentrale Veranstaltung „40 Jahre DKP“ in NRW zu organisieren. Wir werden alles in unserer Kraft stehende tun, diese Veranstaltung zu einem Erfolg zu machen.
- Alle Gruppen und Kreise sind aufgefordert, Veranstaltungen, Feste usw. zum 40. Jahrestag der DKP-Neukonstituierung durchzuführen und in ihrem Wirkungskreis insbesondere auch Bündnispartnerinnen dazu zu gewinnen
- Der Bezirksvorstand prüft mit dem Parteivorstand die Möglichkeit zur Bildung einer Arbeitsgruppe, die sich mit organisationspolitischen Anpassungen der Partei an die veränderten Kräfteverhältnisse beschäftigt.

Der neu gewählte Bezirksvorstand wird beauftragt auf Grundlage dieser Arbeitsvorhaben einen Arbeits- und Maßnahmeplan für die Jahre 2008 und 2009 zu erarbeiten.

Antrag 2 in nachfolgender Fassung angenommen als Antrag der BDK an den Parteitag

1. Der Parteitag möge beschließen:

Die DKP führt gemeinsam mit der UZ im Jahre 2009 wieder ein UZ-Pressesfest - Volksfest der DKP durch.

2. Begründung: (Die Begründung wird als Material zum Antrag an den neu gewählten PV überwiesen.)

Die Deutsche Kommunistische Partei und ihre Zeitung „Unsere Zeit“ haben unter Beteiligung von vielen Tausend Menschen 2007 wieder ein großes Fest durchgeführt.

Das UZ-Pressesfest - Volksfest der DKP ist zum größten Fest der Linken der Bundesrepublik Deutschland geworden.

Das kulturelle Angebot, die Gesprächsmöglichkeiten und politischen Foren sowie das gesamte dreitägige Programm strahlen offensichtlich weit über die DKP-Mitgliedschaft und die UZ-Leserfamilie hinaus.

Das gilt es auszubauen. Wir brauchen es auch, um neue Mitglieder und UZ- Abonnenten zu gewinnen!

Das nächste Fest soll im Sommer 2009, möglichst wieder in Dortmund im Revierpark Wischlingen, stattfinden. Wir brauchen eine längerfristige Vorbereitung.

Das ermöglicht eine intensive Vorbereitung durch die Mitglieder der DKP und die UZ-Leserinnen und -Leser.

Das Programm kann langfristig geplant werden.

Viele Parteigliederungen der DKP können zahlreiche Möglichkeiten nutzen, um Sympathisanten zur Teilnahme am Fest zu gewinnen.

Wenn die Arbeitsvorhaben des Jahres 2008 bis auf das Fest 2009 ausgerichtet werden, können viele Kräfte auch für den Aufbau und die Durchführung des Festes angeworben werden. Sie können dadurch langfristig ihren Urlaub planen und auf dem Fest helfen. So kann ein noch erfolgreicherer Fest im Jahr 2009 stattfinden.

Und nicht zuletzt können DKP und UZ im Wahljahr 2009 mit Kommunalwahlen, Landtagswahlen, Bundestagswahlen und Europawahlen sich profilieren und einen Beitrag zur Sammlung und Bündelung linker Kräfte leisten.

Wir rufen die Mitglieder der DKP und die Leserinnen und Leser der UZ auf, Gespräche und Kontakte im gewerkschaftlichen Umfeld, in Bündnissen und zur örtlichen Linkspartei aufzunehmen und weiterzuentwickeln, auch um sie zur Teilnahme an unserem Fest der Solidarität zu gewinnen. Führt Gespräche mit Kolleginnen und Kollegen, Freundinnen und Freunden, Nachbarinnen und Nachbarn, um sie zur Teilnahme an unserem Fest zu gewinnen.

Lasst uns 2009 ein erfolgreiches Fest durchführen, zur Stärkung der kommunistischen Bewegung.

Antrag 3 in der nachfolgenden Fassung unverändert angenommen als Antrag der BDK an den Parteitag

Für eine organisationspolitische Wende in der DKP. Effektivierung unserer Arbeit und unserer Strukturen.

Die größte Niederlage der sozialistischen und kommunistischen Bewegung, der Untergang des real existierenden Sozialismus in Europa und der UdSSR liegt nun seit fast 20 Jahren hinter uns und ist noch lange nicht überwunden. Diese Niederlage ging einher mit erheblichen politischen und auch organisationspolitischen Konsequenzen für unsere Partei, die DKP.

Dabei ging es in einer ersten Phase vor allem darum die Partei als Partei der Arbeiterklasse zu erhalten, die Teile, die sich nach dieser Niederlage wieder finden zu sammeln, zu organisieren und politisch aufzustellen, kurz, die Partei zu konsolidieren. Die in dieser ersten Phase gemachten Erfahrungen haben gezeigt, dass es auch unter den veränderten weltpolitischen und nationalen Bedingungen möglich ist als Partei der Arbeiterklasse konsequent auf dem Boden des wissenschaftlichen Sozialismus zu arbeiten.

Mehr noch. Da wo wir wieder in der Öffentlichkeit stehen stellen wir fest, dass unsere Meinung, unsere politischen Ansätze gefragt sind. Die Menschen merken zunehmend, dass der Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte ist. Gleichzeitig stellen wir vor Ort, in den Kreisen und Gruppen fest, dass unsere Kraft oft nicht ausreicht um den gewachsenen Anforderungen gerecht zu werden. Aber vor allem auf dieser Ebene wird sich das Schicksal unserer Partei entscheiden.

Die Struktur unserer Partei ist heute im Wesentlichen die gleiche wie vor 1990. Sie hat uns den Rahmen gegeben, in dem es möglich war die erste Phase der Konsolidierung und Neuentwicklung unserer Partei organisatorisch abzusichern. Gleichzeitig haben sich aber die Rahmenbedingungen unter denen wir arbeiten (fehlendes sozialistisches Lager, Veränderung des Charakters des Imperialismus) und auch die inneren Bedingungen (nahezu rein ehrenamtliche Arbeit im Wesentlichen ohne regionale Büros) der Partei grundlegend geändert. Vor diesem Hintergrund müssen wir

uns fragen, ob die augenblickliche Struktur unserer Partei noch den geänderten Bedingungen entspricht oder ob diese Struktur nicht auch ein Hindernis sein kann bei der weiteren notwendigen Entwicklung unserer Partei.

Die Struktur muss den politischen Bedingungen entsprechen und veränderte politische Bedingungen fordern eine neue Struktur. Wenn die politische Linie klar ist, dann entscheiden die Organisation und der richtige Einsatz der Kader alles.

In diesem Sinne sollten wir uns fragen ob die mittlere Ebene unserer Parteistruktur, die Bezirke, den augenblicklichen Gegebenheiten entspricht, oder ob es nicht zumindest sinnvoll sein kann, wenn diese mittlere Ebene nicht komplett zur Disposition gestellt werden soll, da wo wir zwei Bezirke in einem Bundesland haben, diese Bezirke zu einer Bezirksorganisation zusammen zu führen, oder kleinere Bezirksorganisationen mit der Nachbarbezirksorganisation zusammen zu führen. Ebenso ist darüber nachzudenken, in wie weit es immer sinnvoll ist Kreisorganisationen auch dort aufrecht zu erhalten, in denen es nur zwei oder drei Gruppen, vor allem in unterschiedlichen politischen Gliederungen gibt oder ob es nicht besser ist, dass diese Gruppen eigenständig arbeiten. Auch die Frage nach der Zusammenlegung von Gruppen in einer Kreisorganisation einer Großstadt muss gestellt werden.

Oberstes Ziel einer solchen Strukturveränderung unserer Partei muss immer sein effektiver zu arbeiten und mit unserer nach wie vor relativ dünnen Kaderdecke sorgsam umzugehen. Es ist stets zu prüfen und mit den durch solche Maßnahmen freiwerdenden Genossinnen und Genossen und den betroffenen Parteigliederungen zu diskutieren wo und wie diese Genossinnen und Genossen besser, effektiver eingesetzt werden können.

Wir würden es begrüßen, wenn der Parteivorstand eine Arbeitsgruppe einsetzen würde, die diese Fragen organisiert und zielgerichtet angeht, eine Arbeitsgruppe, die allen Parteigliederungen Hilfestellung geben kann bei der Effektivierung der Arbeit, die Vorschläge sammelt und diskutiert und vor allem gemachte Erfahrungen verallgemeinert und wieder in die Partei zurück gibt.

Antrag 4 in der nachfolgenden Fassung angenommen:

Der Hammer hängt in den Betrieben Für die Weiterentwicklung der Arbeit rund um den Bayer Konzern

Auf dem Gebiet unserer Bezirksorganisation ist der Bayer-Konzern mit den Standorten in Dormagen, Krefeld, Wuppertal und Leverkusen ansässig. Die Konzernpolitik hat Auswirkungen auf sehr viele Politikfelder. Angefangen von der Kriegsfrage, über die Kommunalpolitik, bis hin zur Gesundheits- und Umweltpolitik mischt dieser Konzern kräftig mit und hat erheblichen Einfluss auf die Politik jedwelcher Regierung.

Mit der Herausgabe unserer Betriebszeitung „die Pille“ versuchen wir seit Jahren an die Belegschaft von Bayer heranzukommen.

Auf unserer 16. Bezirksdelegiertenkonferenz im November 2002 haben wir die Bildung eines Arbeitskreises Bayer beschlossen. Die grundlegende Aufgabe des Arbeitskreises Bayer besteht darin, eine Arbeit zu koordinieren, die die gesamte Bezirksorganisation voranbringen soll, um einen Beitrag zur Entwicklung von Gegenwehr in Belegschaft und Bevölkerung zu leisten. Langfristige Ziele sind hierbei die Schaffung von Bewusstsein und Entwicklung fortschrittlicher Ansätze gewerkschaftlicher und betrieblicher Arbeit und die Neubildung einer Betriebsgruppe bei Bayer.

Dazu ist es nötig, die Prozesse und politischen und ökonomischen Entwicklungen im Konzern, in den Belegschaften, in ihren Organisationen und in der Standortbevölkerung zu beobachten, zu bewerten und öffentlich zu machen.

In allen Bayer-Standorten haben wir Kreisorganisationen und/oder Gruppen, die in ihrer alltäglichen Arbeit mit mittelbaren oder unmittelbaren Auswirkungen der Bayer-Politik konfrontiert sind. Es gibt Genossinnen und Genossen und Sympathisanten, die bereit und in der Lage sind, zur Systematisierung der Arbeit rund um Bayer beizutragen.

Daneben gibt es im Konzern selbst oppositionelle Betriebsräte, zu denen wir Kontakt unterhalten, bzw. aufbauen können. Rund um den Bayer-Konzern gibt es konzernkritische Initiativen, u.a. die Coordination gegen Bayer-Gefahren (CBG), die zur Zusammenarbeit mehr als bereit ist.

Wir müssen uns langfristig in die Lage versetzen, zu einer qualifizierten Zusammenarbeit und Kooperation von innerbetrieblichen Kräften beizutragen und uns soweit Vertrauen zu erarbeiten, dass Impulse, die wir durchaus in der Lage sind zu geben, auch angenommen werden können und die Möglichkeit der Mitgliedergewinnung eröffnet.

Die Arbeit des Arbeitskreises Bayer zeigt erste Erfolge. So konnten wir einen aktiven Beitrag im Rahmen der Auseinandersetzungen um die BAYER INDUSTRY SERVICES, kurz BIS genannt leisten. Es gab über Monate Montagsdemonstrationen, ausgiebige politische Mittagspausen mit Demonstrationen zum

Verhandlungsort und Betriebsversammlungen mit anschließenden Demonstrationen und Kundgebungen. Das gab es seit über 10 Jahren nicht mehr bei Bayer.

Mit 15 Extra-Ausgaben der Pille begleiten wir die Aktionen und Proteste, haben unsere Standpunkte eingebracht und konnten neue Kontakte knüpfen. Die Teilnahme an den Sitzungen des Arbeitskreises ist breiter geworden, die Verteilung der Pille vor der Konzernzentrale Leverkusen ist mittlerweile routinemäßig abgesichert und wird von den Kreisorganisationen Köln, Wuppertal, Bonn und Düsseldorf sowie der Grundorganisation Bergisch-Gladbach getragen. Auch an den Standorten in Dormagen, Krefeld und Wuppertal wird die Pille, wenn auch in geringer Auflage verteilt. Auch das alljährliche Pille-Fest hat an Attraktivität gewonnen.

Es gilt nun diese positiven Ansätze nachhaltig weiter zu entwickeln und auszubauen.

Wir wirken daraufhin, die Auflage der Pille zu erhöhen. Die Mitglieder des Arbeitskreises stellen sich für öffentliche Veranstaltungen in den Kreisorganisationen zur Verfügung.

- Der Bezirksvorstand befasst sich regelmäßig mit der Politik des Bayer-Konzerns
- Der BV erarbeitet gemeinsam mit dem Bayer-Arbeitskreis und den Kreisen Krefeld, Neuss und Wuppertal eine Strategie zur Intensivierung der Arbeit dieser KO am jeweiligen Bayer-Standort, sowohl was die Verteilung der Pille angeht als auch darüber hinaus mit eigenständigen Aktivitäten vor Ort.
- Wir wirken darauf hin mehr junge Genossinnen und Genossen in die Arbeit gegen die Konzernpolitik einzubinden und für eine Mitarbeit in der Pille-Redaktion zu gewinnen.
- Eine engere Kooperation und Abstimmung mit dem bezirklichen Arbeitskreis W und S wird entwickelt
- Es werden Kontakte zum Erfahrungsaustausch und zur Zusammenarbeit mit dem Betriebsaktiv Opel Bochum in unserem Nachbarbezirk aufgenommen.
- Auch in den Jahren 2008 und 2009 werden die Pille-Feste durchgeführt

Die Kreisorganisationen, die von dem Bau der CO-Pipeline des Bayerkonzerns betroffen sind, unterstützen aktiv den Widerstand gegen die im Bau befindliche CO-Pipeline des Bayer-Konzerns.

Die Mitglieder der DKP Bezirksorganisation Rheinland-Westfalen unterstützen nachstehende Forderungen

- Sofortiger Stopp der CO-Pipeline von Dormagen/Köln nach Krefeld
- Keine Betriebsgenehmigung für die hochgefährliche CO-Pipeline
- Offenlegung aller Produktionsrisiken
- Gefährliche Produktionsanlagen raus aus dicht besiedelten Gebieten

Antrag 5 in nachfolgender Fassung beschlossen zur Weiterleitung an den Parteitag als Material für den Parteivorstand:

Die Bezirksdelegiertenkonferenz möge beschließen:

Die DKP fordert: Keine Zwangsverrentung von älteren Arbeitslosen! Auch nicht mit 63! Sie treibt die Betroffenen unaufhaltsam in die Altersarmut. In allen gewerkschaftlichen Gremien, in allen Parlamenten - von der Kommune bis zum Bundestag - , muß diese Forderung erhoben werden. In allen Betriebs- und Wohngebietszeitungen der DKP muss die Forderung gestellt werden. Sie muss ihre Ergänzung finden durch die Forderung nach wesentlicher Verkürzung der Arbeitszeit unter Einschluss der Lebensarbeitszeit ohne Abschläge. An allen Informationsständen unserer Partei muss darüber diskutiert werden.

Begründung:

Als weiteres „Geschenk“ der Agenda 2010 tritt mit dem Wegfall der 58er-Regelung ab 1.1.2008 das Gesetz über die Zwangsverrentung älterer Arbeitsloser, die Arbeitslosengeld II (Hartz IV) beziehen, in Kraft. Arbeitslosengeld II- Bezieher müssen gemäß Sozialgesetzbuch II „Alle Möglichkeiten zur Beendigung oder Verringerung der Hilfebedürftigkeit ausschöpfen“ (SGB II, § 2, Abs 1). Wer eine Altersrente beanspruchen kann, muss sie beantragen, obwohl der vorzeitige Rentenbezug mit hohen Abschlägen von bis zu 18 Prozent bestraft wird. Die dadurch fehlenden Beitragszeiten mindern die Rente noch einmal.

Wenn der/die Erwerbslose den Antrag nicht selbst stellt, dürfen die ARGEen das gegen seinen/ihren Willen tun (SGB II, § 5, Abs. 3).

Reicht die durch den Abschlag geminderte Rente nicht aus, muss ergänzende Sozialhilfe beantragt werden. Bevor die aber gewährt wird, werden Familienangehörige zur Zahlung herangezogen.

So wird es passieren, daß selbst die Erwerbslosen, die eine 30jährige Berufstätigkeit mit durchschnittlichem Einkommen hinter sich haben, ab dem Bezug von Hartz IV und der anschließenden Zwangsverrentung für den Rest ihres Lebens in Sozialhilfe-Armut fallen, denn auch ihre eventuellen Ersparnisse müssen sie vor der Gewährung von Arbeitslosengeld II aufbrauchen.

Die Kommunen werden mit Hunderttausenden neuer Empfänger von Sozialhilfe oder Grundsicherung im Alter belastet. Aus den Rentenkassen müssen Hunderttausende vorgezogene Renten gezahlt werden, was sicher dazu führen wird, daß entweder Beitragserhöhungen fällig werden, oder — viel wahrscheinlicher — weitere Kürzungen bei den Renten vorgenommen werden.

Mit der drohenden Zwangsverrentung und ihren Folgen erweist sich wieder einmal, daß Hartz IV Armut per Gesetz ist.

Antrag 6 in nachfolgender Fassung beschlossen zur Weiterleitung an den Parteitag als Material für den Parteivorstand:

Die Deutsche Kommunistische Partei unterstützt die Forderungen der Gewerkschaftslinken und von Erwerbslosen- und Anti-Hartz-Initiativen nach einem gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von zurzeit mindestens 10 Euro. Der Mindestlohn muss jährlich zumindest entsprechend der Inflations-rate erhöht werden.

Begründung:

Ein Mindestlohn von 10 Euro ist erforderlich, wenn der Lohn wenigstens das Existenzminimum und die Reproduktion der Arbeitskraft eines arbeitenden Menschen sichern soll. Ein Mindestlohn in der Höhe von 7,50 Euro, wie ihn der DGB und einige Einzelgewerkschaften fordern, aber auch noch ein Mindestlohn in Höhe von 8,44 Euro, wie sie die Partei „Die Linke“ fordert, bleibt Armutslohn. Armutslöhne werden inzwischen millionenfach aufgestockt durch Hartz IV und sind somit versteckte Kombilöhne, die wir entschieden ablehnen.

Unsere weitergehende Forderung, nach 10 Euro Mindestlohn, stellen wir nicht um uns möglichst radikal zu geben und andere zu überbieten, sondern weil ein Mindestlohn für alle in dieser Höhe erforderlich ist um dem ausufernden Niedrig- und Niedrigstlohnbereich entgegen zu wirken.

Die Gewerkschaft ver.di hat mit dem „Arbeitgeberverband Postdienste einen Mindestlohn für Briefzusteller in Höhe von 9,80 Euro (West) und 9,00 Euro (Ost) vereinbart. Während ver. di grundsätzlich für einen Mindestlohn in Höhe von 7,50 Euro eintritt, hat sie im Abschluss mit dem AGV Postdienste eine Orientierungsmarke nahe von 10 Euro gesetzt, die mit Forderungen der Gewerkschaften und Arbeiterparteien nicht doch wieder unterschritten werden darf.

Antrag 7 in der nachfolgenden Fassung unverändert angenommen als Material für den neuen Bezirksvorstand.

Sich auf die Welt von heute einstellen — für eine multikulturelle DKP

Alle Kommunistinnen und Kommunisten in einer Partei zu vereinen, davon sind wir immer noch weit entfernt. Nicht einmal alle in der BRD lebenden Kommunistinnen und Kommunisten der unterschiedlichsten nationalen Herkünfte haben in einer Organisation zusammengefunden.

Die arbeitende Klasse ist keine Gemeinschaft der deutschstämmigen, sie besteht zu großen Teilen aus Menschen die in anderen Ländern aufgewachsen, geboren sind oder von Eltern aus solchen Ländern stammen.

Aber die Kommunistinnen und Kommunisten mit Migrationshintergrund arbeiten meist zusammen in den Parteien und Organisationen ihrer Herkunftsländer, sie sind mit Ihrem Kopf und ihren Herzen noch nicht dort angekommen wo sie arbeiten und leben. Dabei wird ein hoher Anteil von ihnen nie mehr in Ihre Heimatländer zurückkehren.

Die in unterschiedliche Kulturen gespaltene arbeitende Klasse bleibt so auch in ihrer Organisation gespalten. Das ist zu überwinden.

1. Nur durch ein offensives Herangehen kann die DKP der Lösung dieser Frage näher kommen. Alle entsprechenden Leitungen sind angehalten, das Gespräch mit den betreffenden Parteien und Organisationen in ihren Bereich zu suchen. Eine Klasse, eine Partei. Wo eine Einheit unmöglich ist, und das wird oft so sein, sollte wenigstens der freundschaftliche Kontakt kultiviert werden.
2. Die Einheit der arbeitenden Klasse herstellen kann heute nur, wer die Interessen der in der BRD lebenden Migranten ernst nimmt, sich um sie kümmert. Wer Einheit will, muss diese Arbeit angehen.

Antrag 8 abgelehnt

da im Leitantrag beschlossen wurde der Bezirksorganisation Ruhr vorzuschlagen gemeinsam dem PV den Vorschlag zu unterbreiten, eine zentrale Veranstaltung „40 Jahre DKP in NRW zu organisieren und alle Gruppen und Kreise aufzufordern, Veranstaltungen, Feste usw. zum 40. Jahrestag der DKP-Neukonstituierung durchzuführen. Dabei ist es unrealistische die Kreisorganisation Wuppertal besonders hervorzuheben.

Die Bezirksdelegiertenkonferenz möge beschließen:

Die Kreisorganisation der DKP Wuppertal wird bei ihrem Vorhaben, am Samstag, dem 13. September 2008, ein Sommerfest/Volksfest aus Anlass des 40. Geburtstags der DKP durchzuführen, vom Bezirksvorstand und den umliegenden Kreisorganisationen unterstützt.